

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 10 Mark.

Der „Vorwärts“ mit der Illustration des Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Fimmler“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Militär in die Fimmler“ und „Kulturarbeit“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 24. Mai 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Bricht London mit Moskau?

Uneinigkeit im britischen Kabinett wegen der Rußlandbeziehungen. — Macdonald für die Aufrechterhaltung der Beziehungen.

London, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das britische Kabinett trat am Montag von neuem zusammen, um den lange hinausgeschobenen endgültigen Beschluß über die Frage der weiteren Beziehungen zu Rußland zu fassen.

Die Beschlüsse des Ministerrates, welcher nur zwei Stunden dauerte, sind zur Stunde nicht bekannt; es ist aber doch durchgesickert, daß bis zum letzten Augenblick große Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Kabinetts herrschten.

Der Eindruck in politischen Kreisen Londons ist der, daß auf jeden Fall mit einer Beendigung des Handelsabkommens in seiner gegenwärtigen Gestalt zu rechnen ist.

Der „Evening Standard“ hat den auf der Heimreise von Amerika nach England befindlichen Macdonald auf drahtlosem Wege über seine Ansicht zu dem englisch-russischen Konflikt gebeten, worauf Macdonald in seinem Radiotelegramm feststellte, daß ein vollständiger Abbruch mit Rußland im gegenwärtigen Zeitpunkt ein Schlag gegen die britische Wirtschaft und das Eingeständnis der diplomatischen Unfähigkeit und offiziellen Zustimmung zur Poljeaktion gegen das Sowjethaus wäre.

Der Wortlaut des Hausdurchsuchungsbefehls.

London, 23. Mai. (W.B.) Heute Abend ist der Wortlaut der richterlichen Ermächtigung veröffentlicht worden, die der Polizei in der Angelegenheit der Durchsuchung der Arcos-Gebäude erteilt worden war.

Moskau sorgt vor.

Moskau, 23. Mai. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Der Volkskommissar für Handel Wiktorski richtete an die Handelsvertreter in London die Verordnung, sich der Unterbringung neuer Bestellungen unter den englischen Industriellen zu enthalten.

Der Wettlauf zwischen Krieg und Frieden.

De Brouckere über die Dringlichkeit der Abrüstung.

London, 23. Mai. (W.B.) Von der englischen Völkerbundsliga wurde eine Konferenz über Begrenzung der Rüstungen abgehalten, an der viele hervorragende Persönlichkeiten teilnahmen.

Lebhafte Debatte in Kiel.

Die Berichterstattung des Parteivorstandes. — Für und wider.

F. St. Kiel, 23. April.

Jeder sozialdemokratische Parteitag erlebt zu seinem Beginn einen etwas jähen Absturz aus gehobener Feststimmung in die Prosa des Alltags. Diesmal empfindet man ihn besonders stark. Noch sieht man im Geist das Wehen der tausend schwarzrotgoldenen und roten Fahnen, noch haften im Ohr die Klänge der Internationale und der Marschtritt der Massen — und schon erscheint Genosse Wels auf dem Rednerpult, um den gedruckten Bericht des Parteivorstandes zu ergänzen und durch das Geflüster der Anträge allerersten Grades den Weg zu suchen.

Nach Wels kommt Ludwig. Vom Parteikassierer kann man erst recht nichts anderes erwarten, als nüchternste Prosa der Tatsachen. Genug, wenn diese Tatsachen so sind, daß sie sich sehen lassen können.

Am Nachmittag berichtet Heinrich Schulz über die Bildungsarbeit der Partei, die Genossin Suchacz über den Stand der Frauenbewegung. Beide können von Fortschritten melden. Sie alle müssen sich mit zahlreichen Anträgen beschäftigen, zu ihnen Stellung nehmen, und es läßt sich voraussehen, daß der Parteitag ihnen bei der Abstimmung in den meisten Fällen folgen wird.

Die Debatte beginnt mit einem sehr temperamentvollen Vorstoß des Genossen Kurt Rosenfeld gegen den Parteivorstand, dem er vorwirft, daß er die Meinungsfreiheit nicht genügend achtet.

Dann zerplättert sich die Diskussion in mancherlei Einzelheiten. Liebmann-Leipzig spinnst den von Rosenfeld angesprochenen Faden weiter und polemisiert heftig gegen Wels und verteidigt die von diesem angegriffene Korrespondenz des Genossen Paul Levi.

Otto Braun, der preussische Ministerpräsident, rechtfertigt gegen Rosenfeld den Hohenzollernvergeiß, der der einzige Weg geblieben sei, nachdem der Volkstschheim verlag habe. Braun versichert zum Schluß unter stürmischem Beifall, was den Deutschnationalen und Kommunisten nicht gelungen sei, werde den Kritikern aus Sachsen auch nicht gelingen.

Es ist Abend geworden. Am Dienstag geht die Debatte weiter. Jetzt aber treten die Mitglieder des Parteitags den Gang zu den Gräbern der Opfer der Revolution an.

Die Diskussion.

Für und wider den Vorstandsbericht.

Nach dem Abschluß der Berichterstattung des Parteivorstandes, die von Otto Wels, Konrad Ludwig, Heinrich Schulz und

Marie Suchacz gegeben wurde (Bericht siehe 2. Beilage) trat der Parteitag in die Diskussion ein.

Dr. Rosenfeld-Berlin:

Gleich der erste Diskussionsredner muß Einspruch erhoben gegen den Angriff von Wels auf die Meinungsfreiheit in der Partei. Heute spielen sich manche auf das Offiziellste hinaus, die früher die Vertreter der Meinungsfreiheit sein wollten. Nicht wahr, Genosse Stampfer? Sie entsinnen sich doch noch der Klagen über die Richterfelder Meinungsfreiheit! Die Demokratie unserer Partei verdirrt feinerlei Beschränkung der Meinungsfreiheit.

zur Fürstenabfindungsfrage.

wie sie sich im Laufe der Zeit entwickelt hat. Mit Freuden erinnere ich mich der Tage des Kampfes um die Volkseinstimmung. Das ganze Proletariat marschierte auf. 1 1/2 Millionen sind aufmarschiert. In der Anerkennung der Partei in der Fürstenfrage kann man also gar nicht weit genug gehen. Es ist einfach lächerlich, wenn die Kommunisten in Anspruch nehmen, ein erhebliches Verdienst an diesem Kampf gehabt zu haben.

Leuterich-Hamburg:

Ich bin mit der allgemeinen Politik des Parteivorstandes einverstanden. Ich habe sie als Mitglied des Ausschusses oft mitgedacht. Ich unterstütze auch, was Wels zur Beamtenfrage gesagt hat.

Die Organisation der Beamten kann mit einer Frage der Erziehung der Beamten zu den freien Gewerkschaften sein, aber nicht eine Frage des Zwangs. Zu bemängeln habe ich sehr die agitatorische Tätigkeit, daß der Vorstand seit Bestehen des Bürgerblocks trotz aller seiner Sünden nicht wenigstens einmal zu einer großen Reichsaktion das Signal gegeben hat.

Rückfichten auf eine Landesregierung dürfen den Parteivorstand nicht hindern.

Warnen muß ich den Parteivorstand in einer Beziehung, wo es heißen muß: „Wehret den Anfängen!“ Der „Vorwärts“ und der „Sozialdemokratische Pressedienst“ dürfen nicht zu einer Meinungsfabrik werden.

oder uns den Kopf der Berliner Genossen zu zerbrechen. Aber wir halten es für notwendig, daß wir ein wirkliches Zentralorgan bekommen und wenn das dadurch verhindert wird, daß der „Vorwärts“ zugleich Berliner Organ ist, so muß unter Umständen eine Trennung eintreten.

Ich siehe jedoch den Antrag zurück, soweit er sich auf die Gründung eines Berliner Blattes bezieht. Dagegen bleibt bestehen, daß der Parteivorstand prüfen soll, wie der „Vorwärts“ zu einem Zentralorgan der Partei umgestaltet werden kann.

Wir kommen dazu auf Grund von Hamburger Schmerzen. Wir haben das Recht, im Zentralorgan gerecht behandelt zu werden. Die Hamburger Organisation hat gemeinsam mit der Harburger, Altonaer und Wandlauer Organisation darauf Bedacht zu nehmen, daß in der Groß-Hamburgfrage keine Gegenläufe unter diesen Organisationen entstehen. Es wird zur Frage Unterabteilung eine Kommission eingesetzt, die prüfen sollte, wie wir im Interesse der Gesamtpartei dennoch besondere Richtlinien in dieser Frage haben könnten. Diese Richtlinien wurden nach längerer Beratung in einer großen Versammlung angenommen und der Presse und auch dem „Vorwärts“ zugeföhrt. Die große bürgerliche Presse hat sie wörtlich abgedruckt, das Zentralorgan der Partei hielt das nicht für nötig. Der „Vorwärts“ druckte nur etwa ein Zehntel der Richtlinien ab und nur in der Bearbeitung des Pressedienstes.

Diese Bearbeitung enthielt auch Fragezeichen mit dem Zusatz: „Die Redaktion“ und am Ende steht der geistvolle Satz: „So geht es auch nicht, wie die Hamburger Genossen das wollen.“ Dabei hat man die Genossen gar nicht unterrichtet, was die Hamburger eigentlich wollten. Das erscheint uns unwürdig eines Zentralorgans.

Preußen hätte es ertragen können, wenn auch einmal solche Richtlinien von Hamburg abgedruckt worden wären.

Dann ein zweiter Fall. Am 19. Januar hält der Hamburger Bürgermeister eine Rede über dieses Problem. Die ganze andere Presse bringt sie, auch viele sozialdemokratische Blätter Teile davon, der „Vorwärts“ nicht, wohl aber wörtlich eine Rede, die Brauns vier Tage später gegen Petersen hielt. Auch das erscheint uns eines Zentralorgans unwürdig, von dem man Spitzenleistungen der Objektivität im Interesse der geistigen Freiheit der Partei erwarten muß. Dabei noch ein Wort zum „Sozialdemokratischen Pressedienst“. Das angeführte Vorgehen ist ein Versuch, in der Partei eine Meinungsfabrik aufzumachen (Sehr richtig!). Dagegen muß sich die Partei energisch wehren, einen Pressedienst aufzumachen, der nur als geistige Münze gelten läßt, was er prägt. Wir sind nicht gern mit dieser Münze auf die Tribüne gegangen. Wir haben zunächst brieflich verurteilt, unser Recht zu betonen, haben bei täglichen Telefongesprächen Beschwerde erhoben und haben unsere Reichstagsabgeordneten aufgefordert, zu protestieren gegen eine solche Methode. (Stamper: Das haben Sie aber nicht getan!) Die Genossen Biedermann und Reiche haben protestiert. Biedermann hat in einem Gespräch mit Wringhaus die Antwort erhalten: Was wollt Ihr denn, das wird noch viel schlimmer. (Heiterkeit.) Wenn Wringhaus schließlich die Groß-Hamburg-Frage gemeint hat, so ist das um so schlimmer. Dann haben wir nicht nur eine Meinungsfabrik, sondern eine partielle Meinungsfabrik.

Künzler-Berlin:

Ich begrüße die Zurückziehung des Hamburger Antrages in bezug auf das Berliner Organ. Der jahrzehntelange Streit um das örtliche Organ in Berlin muß endlich einmal begraben werden. Es handelt sich dabei um keine Richtungsfragen. Wir wünschen aber in Berlin ein Organ als Waffe, wie es die Genossen in anderen Bezirken seit Jahrzehnten haben und im Interesse der Gesamtpartei zu gebrauchen verstehen. (Sehr richtig!) Die Redaktion des „Vorwärts“ kann heute nicht alle Ansprüche befreiden. Der Bezirksparteitag hat fast einstimmig den Bezirksvorstand beauftragt, alle Schritte zu unternehmen, ein solches Blatt zu schaffen. Wir denken nicht daran, einen Richtungskampf zwischen Parteivorstand und Bezirksvorstand zum Gaudium unserer politischen Gegner anzuführen.

Wir wollen endlich in Berlin die Stärke bekommen, die wir in der Vorkriegszeit hatten. Die Klassenkämpfe und politischen Kämpfe kommen in Berlin viel härter zum Ausstrag. Unsere Genossen arbeiten ungeheuer viel und sehen nichts von Erfolgen. Deshalb brauchen wir ein Blatt, das der Stimmung der Berliner Arbeiter und den besonderen Berliner Verhältnissen Rechnung trägt. Es trifft nicht zu, daß Berlin keine Aufnahmefähigkeit mehr für eine Zeitung hätte. Wir haben bei der letzten Stadtverordneten-

wahl 30,7 Proz. aller Stimmen errungen und haben nur ein Blatt. Die Deutschnationale Partei hat acht Blätter in Berlin, die schwache Deutschdemokratische Partei elf ihrer nahe stehenden Zeitungen, die zusammen weit über eine Million Abonnenten, zum Teil Arbeiter, haben. Daneben bestehen über fünfzig Vorortzeitungen mit dem Charakter der Generalanzeigerpresse. Wels wandte sich gegen eine geschlossene Opposition. Ich habe jede organisierte Opposition stets bekämpft, ob sie von rechts oder links kommt. Auch von rechts besteht in Berlin eine solche Oppositionsgruppe „Republik und Sozialismus“ unter der Leitung Kurt Heintigs, die ich auch als überflüssig halte.

Sch muß aber Wels in aller Freundschaft sagen: Es gibt leider bei uns Genossinnen und Genossen, die hinter jeder sachlichen Kritik doch eine organisierte Opposition erblicken. Man ist in unserer Partei zu empfindlich geworden. In der Vorkriegszeit war mehr organisierte Opposition vorhanden als in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei. Damals hielten selbst Teile der Reichstagsfraktion ihre besonderen Tagungen ab. Die Genossen der verschiedenen Richtungen hatten ihre Verkehrslokale, wo sie Politik machten. Also der Parteivorstand soll auch den Massen mehr Vertrauen entgegenbringen, die nicht immer seiner Ansicht sind. Mit einem eigenen Organ werden wir besser kämpfen können und damit wird der Kampf auch draußen im Reich leichter werden. (Lebhafter Beifall.)

Mäder-Allenburg:

Durch die Rasse der thüringischen Parteimitgliedschaft ging bei der Floren Karole auf einschlägigste Fürsten-entzignung ein Sturm der Begeisterung. Kann man aber alle Ansprüche der Fürsten für unberechtigt und unmoralisch erklären und ein paar Wochen später dabei mitsmachen? Die angeleglichen höheren Rücksichten der preussischen Genossen kennen wir. Ihre Mitwirkung in der Regierung hängt ja doch nur vom Zentrum ab.

Der Deutsche Beamtenbund ist keine Gewerkschaft. Er ist im Laufe der letzten Jahre deutlich ins Lager der bürgerlichen reaktionären Parteien übergetreten und hat der Reichspresse erhebliche Zusendungen gemacht. Wir können es unseren Genossen nicht erlauben, in solcher Organisation zu bleiben. Von innen heraus kann man den Deutschen Beamtenbund ebensowenig umwandeln, wie man die Deutschnationalen von innen heraus zu Sozialdemokraten machen kann.

Den Jungsozialisten sollte die Partei dankbar sein, wenn sie nicht den Sozialismus nach legendärer Doktrin lehren wollen, sondern ihre eigenen Wege suchen. Die Jungsozialisten gehören zu den ersten Kräften, die die Zukunft der Partei gestalten. In der religiösen Neutralität geht die Partei vielfach zu weit. Als Sozialdemokraten sind wir doch weltanschaulich durchaus gebunden. Das Wort von Karl Marx, daß die Religion das Opium der Völker ist, besteht noch heute zu Recht. Die freiwilligen Kräfte sind der aktivste Teil der Partei und der Bildungsarbeit. Kein einziger Satz von Marx, Engels und Lassalle rechtfertigt das Treiben der religiösen Sozialisten, dieses üblen Verfallsproduktes der evangelischen Kirche. Ein Wort zum Schluss: Ich war selbst in Russland und kann Ihnen befehlen, daß der Kommunismus das Zentralproblem des Sozialismus zu lösen noch nicht im entzweifelt begangen hat. Trotzdem scheine mir das als zu starke Vorgehen gegen die Russlandsbelegierten verfehlt. (Beifall und Widerspruch.)

Donates-Königsberg:

begründet den Antrag auf Einberufung eines preussischen Parteitag und Schaffung einer preussischen Landesorganisation. In Ostpreußen erwartet man vom preussischen Parteitag mehr als nur eine Stellungnahme zu den bevorstehenden Wahlen. Die Landespolitik ist heute noch vielfach ausschlaggebend wichtig, der Preusentag ist in der Parteigeschichte begehrt und das Fehlen einer preussischen Landesorganisation bleibt eine bedauerliche Lücke im Parteikörper.

Broßwig-Frankfurt a. M.:

In den letzten politisch stürmisch bewegten Jahren sind Agitation und Organisation viel zu sehr in den Hintergrund getreten. Wir sollten hier dem Beispiel der österreichischen Genossen nachstreben, die nach der heißen Wahlkämpfe sofort eine große Werbeaktion eingeleitet haben. Der unbekanntes Soldat der Partei, der Funktionär, der die Arbeit leistet, muß wieder viel mehr zu Ehren kommen. Ein Wort zur Opposition: Ich werde gern jede Opposition unterstützen, die die Partei vorwärts treibt. Die Sozialdemokratie läte mir leid, wenn sie nicht jeden Tag neu

überlegte, wie das morgen besser zu machen ist, was wir gestern und heute gemacht haben. Über das ewige Herumwürgen an der Partei, das Bemängeln der Partei vor dem großen Heere der Feinde und Indifferenten ist eine schwere Parteischädigung. In der Parteiorganisation scharfe und eindeutige Kritik, in der Deffektivität aber müssen wir immer für die Partei eintreten. Gestern hatten wir ein großes Ergebnis. Die Kieler Arbeiterschaft hat uns gezeigt, was Reichthieren heißt. Aber das „Sächsische Volksblatt“ in Jwikau höhnt alsbald über den „überwiegendlichen“ Bericht des „Soz. Pressedienst“. Dieses Herunterreißen der Partei und der Arbeiterschaft verurteilen wir auf das schärfste. Manche Parteiblätter tun nichts anderes mehr, als daß sie fortgesetzt den Kommunisten Stoff liefern, und dann verstecken sich diese Quertreiber unter der Marke Meinungsfreiheit. Da muß der Parteitag endlich einmal ein klares Wort sprechen. Die Genossen im Lande warten mit Sehnsucht darauf, daß sie gesammelt werden. Wir können aber die Massen nicht sammeln ohne Begeisterung und Liebe und Treue zur Partei. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Liebmann-Leipzig:

Der Parteivorstand hat das Stichwort zum Kampf gegen die Opposition gegeben. Eine Opposition, die nicht sagen dürfte, was sie denkt, wäre lächerlich. Man verurteilt die Opposition der Jugendlichen, der Jungsozialisten, der Freunde der Leo-Korrespondenz, alles, was nicht in die augenblickliche Auffassung des Parteivorstandes paßt. Wels spricht sogar der Opposition lokale Ablichten ab. Wenn mir umgekehrt sagten, der Parteivorstand wolle die Partei schädigen, so würde das als Infamie mit größter Entrüstung zurückgewiesen werden. Aber der Parteivorstand schreibt in seinem Jahrbuch selber: „Nicht Rechtshaber, sondern Toleranz und gegenseitige Achtung sind die Voraussetzungen für eine Millionenpartei.“ (Hermann Müller: Sehr richtig! Jurist: Sagen Sie das in Leipzig!) Die Freiheit in der Partei scheint selbst auf das schwerste bedroht. Ich erinnere nur an die brutale Rücksichtslosigkeit, mit der der Parteivorstand die Meinungsfreiheit in Halle unterdrückt hat. (Unruhe und Widerspruch.) Lassen Sie doch wenigstens auf dem Parteitag die Meinungsfreiheit gelten! Die Zwangsbeiträge aus den Parteigeschäften, heringeholt nach dem Umzug bringen der Parteikasse kein Geld, sondern nur Schulden, mit deren Hilfe sie sich später mit Gewalt in den Besitz der Blätter setzen und unbehagene Redakteure herauszweihen will. (Unruhe. Hermann Müller: Wo ist das jemals geschehen?) Wir haben doch aus den Zeiten der Parteipaltung trübe Beispiele genug. (Hermann Müller: Ja, wenn gespalten wird!) Der Parteitag als politische Körperschaft der Partei muß der Gefahr dieser Entwicklung vorbeugen. Warum duldet der Parteivorstand, daß noch immer Genossen an dem nationalistischen „Volksstaat“, dem Organ der Missionsisten, mitarbeiten? Warum läßt der Parteivorstand ein Lehrbuch der Funktionäre erscheinen, das geradezu lächerlich tief steht und Marx durchweg falsch zitiert? (Jurist: Es stammt ja aus Leipzig!) Die Opposition hat große Verdienste um die Partei, sie hat ihr große Massen Mitglieder erhalten. (Zustimmung und Widerspruch.) Niemand braucht zu dulden, daß sich die Opposition eine Organisation schafft, aber keine Partei kann ohne Opposition auskommen, sollte diese selbst übers Ziel schießen. Die Sozialdemokratie braucht unbedingt eine Opposition in der Partei. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Otto Braun:

Verzeihen Sie, wenn ich Sie aus den Höhen des wissenschaftlichen Marxismus in die Niederungen der praktischen Politik zurückführe. (Heiterkeit.) Als der Hohenzollern-Vergleich abgeschlossen wurde, hatte ich gemeint, daß nach drei Wochen kein Mensch mehr davon sprechen würde. So ist es auch gekommen, aber ich habe nicht an den Parteitag und an den Genossen Rosenfeld gedacht. Der thüringische Genosse sprach von der arden Begeisterung beim Volksentscheid. Leider ist es beim Volksentscheid so, daß die Stimmenzahl gemindert wird und nicht die Begeisterung, die man beifällig nicht einpöken kann. Nach dem Beschluß der Volksabstimmung war es das Gebot nüchternen Ueberlegung, wie man die Fürstenfrage bereinigt. Da gab es keinen anderen Weg mehr, besonders, weil in der Beschlagnahmeverfügung des preussischen Justizministeriums, die unter Mitwirkung des weiland preussischen Justizministers Dr. Kurt Rosenfeld entstanden ist, steht, daß das Ziel der Beschlagnahme nicht die Entzweiflung, sondern die fürsorgliche Sicherstellung des Hohenzollern-Vermögens sei. (Große Heiterkeit.) Bei allen Gerichtsurteilen zugunsten der Hohenzollern über einzelne Vermögensobjekte haben sich die Gerichte auf diesen Wortlaut der Beschlagnahmeverordnung berufen. Genosse Rosenfeld hat beklagt,

Ein neues Ebertbuch.

Mehr als eine Schrift bereits ist dem Leben und Gedenken Friedrich Eberts, des ersten Präsidenten der deutschen Republik, gewidmet worden. Jetzt liegt eine neue vor, die sich in jeder Beziehung von ihren Vorgängern unterscheidet. Es ist ein Prachtband, dem Ueheren nach, und es ist keine schlechte Ware, die in der festlichen Umhüllung geboten wird. In rotes Leinen gebunden, das Reliefbild Eberts auf der Stirnseite in Gold geprägt, so labet das Werk „Friedrich Ebert und seine Zeit“ (schon durch seine höhere Aufmachung ein, dem Inhalt Aufmerksamkeit zu widmen, der eine Würdigung des Menschen, des Staatsmannes, des Führers bieten will. Paul Löbe schickt dem Werk kluge Worte zur Einführung voraus, Worte, in denen er die ungeheure Umwälzung wieder einmal ins Licht stellt, daß der ehemalige Arbeiter an die Spitze des Staates treten mußte, den die im königlichen Zeit Geordneten in der Not verließen. Aber daß dieser Arbeiter, der den zusammengebrochenen Staat für die Zukunft rettete, von einem großen Teil des Volkes bekräftigt, demütigt und verleumdet wurde, eben weil er aus der Arbeiterklasse kam —, das ist ein Vorgang, wie er in anderen Ländern kein Beispiel findet. Anton Brendich zeichnet ein Lebensbild Eberts von der Jugend in der Pfaffengasse in Heidelberg bis zum Tode unter dem Messer des Chirurgen und den Witzspäßen der Verleumdung. Karl Hildenbrand, Eberts langjähriger Freund, läßt die gewaltige Trauerumgebung um den Verstorbenen wieder aufleben. Gerhart Hauptmann widmet dem toten Freund dichterische Gedankensprüche.

Soweit das Persönliche. Aber damit ist nicht alles erschöpft. Geschichtliche Persönlichkeiten müssen im Rahmen ihrer Zeit begriffen und gewertet werden. Freunde und Mitwirkende zeichnen in diesem Prachtband ein zeitgeschichtliches Gemälde: Hermann Müller-Franken schildert Ebert als den Parteiführer, den Organisator und Verwalter einer großen Tradition. Aus Friedrich v. Pagers Feder stammt eine ausführliche Darstellung der Kanzlerschaft Marx von Badens, die Ebert ablöste. Philipp Scheidemann läßt einen Rückblick tun auf die Kriegszeit und die Haltung der Sozialdemokratie in diesen furchtbaren Jahren. Otto Landsberg liefert eine feine geschichtliche Zusammenfassung der Arbeit der Volksbeauftragten, während Eduard David über die Nationalversammlung und ihr Werk berichtet. Unser alter Wilhelm Blos, der erste Staatspräsident von Württemberg, gibt einen Abriss des Kapp-Zuzuges und der Aufnahme der Nationalversammlung in Stuttgart. Den Beschluß macht Joseph Wirth, der von der Festigung der Republik und von Eberts Wirken für sie ernsthaft plaudert.

Eine sehr große Zahl von ausgezeichneten Bildern macht das Werk, das erst in den letzten Tagen die Presse verließ, zu einem

Zeitdokument von geschichtlicher Werte. Auf dauerhaftem Glanzpapier gedruckt, bietet das Buch noch für lange Jahre eine äußerst lebendige Anschauung von dem mehr als erregten Zeitabschnitt, den wir durchlebten und von dem der Name Friedrich Eberts nie zu trennen sein wird. Franz Röhls.

Die Vereinigung künstlerischer Bühnenvorstände e. V. hielt im Theaterwissenschaftlichen Institut im Aufgebäude der Berliner Universität ihre 16. Hauptversammlung ab. Im Anschluß an die geschäftliche Sitzung, die zu einer einstimmigen Wiederwahl der alten Vorstandsmittelglieder führte, wurde das Thema „Der organisatorische Ausbau der Vereinigung künstlerischer Bühnenvorstände“ sehr lebhaft diskutiert, wobei von seiten der Mitglieder besonders ange-regt wurde, daß die V. L. B. ihren künstlerischen Einfluß bei Verhandlungen und Differenzen zwischen Bühnenvorständen und Theaterdirektoren in stärkerer Maße geltend machen solle. Der Verlauf der Verhandlungen, vor allem auch der Geschäftsbericht, zeigte, daß die V. L. B. in Theaterkreisen in erster Linie auf Beachtung gewinnt. Um so mehr mußte die Verlesung eines Briefwechsels zwischen dem Vorstand der V. L. B. und der Leitung der Magdeburger Theateranstaltung Verwunderung erregen, aus dem hervorging, daß die Magdeburger Theateranstaltung ursprünglich zwar Material von der V. L. B. zu Ausstellungszwecken eingefordert, dies aber nachträglich als nicht ausstellungsgerecht zurückgehalten hat. Die künstlerische Bedeutung der V. L. B., deren 1. Vorsitzender Leopold Fechner ist, und zu deren Mitgliedern zahlreiche namhafte Bühnenvorstände gehören, scheint zu wesentlich, um sie den Besuchern einer umfassenden Theaterausstellung vorzuenthalten. Ein endgültiges Urteil wird allerdings erst möglich sein, wenn man Einblick in das zu Ausstellungszwecken überlassene Material nehmen konnte. Es soll in der Juninummer der „Szene“, der Monatschrift der Vereinigung, publiziert werden. — Das ursprünglich zur Diskussion in der Hauptversammlung angelegte Thema „Regie und Weltanschauung“ wurde leider auf die Herbstversammlung vertagt, da, wie Fechner mitteilte, der Stoff zu wichtig erschien, um ohne genügende Vorbereitungs- und Sättigungszeit zu ihm Stellung zu nehmen.

Eine neue Tiroler Bauernbühne. Vor einigen Tagen hat das neue Volksspielhaus in Tlersee in Tirol seine Pforten geöffnet. Es ist das achteste Bauern-Theater, das es gibt. Nicht nur, daß die Spieler Einheimische sind, auch das Theater selbst ist von den Bauern gebaut worden. Es ist statlich für ländliche Begriffe, es hat nicht weniger als 1000 Sitzplätze. Die technischen Einrichtungen wären auch großer Stadtheater nicht unwürdig. Durch Öffnung der Rückwand wächst die Bühne in die majestätische Landschaft der Tiroler Bergwelt hinein. Die diesjährige Spielzeit ist dem Volksspiel gewidmet, das alle zehn Jahre wiederkehrt, in den Zwischenjahren soll das klassische Drama gepflegt werden.

Das Geheimnis der Bank von England. Das Londoner Gebäude der Bank von England ist beifamlich in letzter Zeit einer gründlichen Renovierung unterzogen worden, bei der die einzelnen Bauorgänge aus sorgfältigste geheimgehalten wurden, weil sie zum größten Teil der besten Sicherung gegen unbedachte Eintritte dienen. Man erzählt jetzt, daß unter anderem ein Mechanismus eingebaut wurde,

durch den sämtliche Tore der Bank in einem Augenblick geschlossen werden können. Dieser Mechanismus kann durch einen einzigen Fingerdruck ausgelöst werden. Drei Knöpfe sind dafür vorzusehen, von denen aber nur einer sich im Gebäude der Bank selbst befindet; der zweite ist an einer geteiltgehaltenen Stelle in der Stadt angebracht, der dritte sogar an einem Punkt, der mehrere Kilometer von London entfernt ist.

Die blonde Ägypterprinzessin. Dr. Reisner, der Leiter der in Ägypten weilenden Boston-Harvard-Expedition, berichtet soeben, daß er in der Nähe der Gizeh-Pyramiden das Grab der Königin Nereankh gefunden habe, die eine Tochter des Prinzen Kamaab und eine Enkelin von Cheops war; wie man weiß, war Cheops der Erbauer der größten Pyramide. Die Forscher fanden eine in einen Felsen gehauene Kapelle, die aus drei Räumen besteht, und in deren Ruurnischen 20 Standbilder stehen. Im Nordteil des Hauptraumes sind die Farben, mit denen die Reliefbilder bemalt sind, so gut erhalten, als ob sie erst vor kurzem aufgetragen seien. Unter ihnen befindet sich eine Darstellung der Prinzessin Heterpheres, die nicht mit ihrer Großmutter Heterpheres, der ägyptischen Königin und Mutter des Pharao Cheops, zu verwechseln ist. Das Reliefbild der Prinzessin Heterpheres zeigt eine Frau mit kurzen Haaren, die besonders dadurch auffallen, daß sie mit leuchtender Gelbfarbe bemalt sind; in regelmäßigen Abständen wird das Gelb von feinen roten Linien durchzogen. Daraus geht hervor, daß die Prinzessin ausgefprochen blond war, viellecht mit einem kleinen Einschlag von roten Haaren. Diese Tatsache kommt den Forschern völlig überraschend, da auf diese Weise zum ersten Male ein blonder Top in dem sonst durchweg schwarzhaarigen altägyptischen Volk nachgewiesen werden konnte. Die anderen Standbilder sind künstlerisch ebenfalls sehr wertvoll und auch für die ägyptische Geschichtsforschung von großem Nutzen.

Im Theater am Schiffbauerdamm geht am 26. Friedrich Schillers Komödie „Jan der Wunderbare“ mit Nappler, Schwanerle, Diegelmann, Leopold, Grete Bök und Dora Geison in den Hauptrollen zum 25. Male in Szene.

Oerholt Hempfmann schreibt „Lebenserinnerungen“, die aber erst nach seinem Tode veröffentlicht werden sollen.

Auf der neuen Ausstellung der Deutschen Kunstgenossenschaft, die badische und belfische Künstler und eine Sonderausstellung „Die Landschaft“ 1921, wurden am Eröffnungstage 15. in der anschließenden Woche weitere 10 Werke, in der Hauptkategorie Delgemalde, verkauft. Nach Ergänzung durch neue Werke badischer und belfischer Künstler bleibt die Ausstellung noch bis zum 8. Juni, täglich von 9-7 Uhr (Sonntags 11-3 Uhr), geöffnet.

Das Dresdener Hygiene-Museum hat zusammen mit der Deutschen Hochschüler-Gesellschaft München in Berlin eine Zweigstelle eröffnet. Sie befindet sich im Kaiserin-Friedrich-Haus, der Zentrale der hygienischen Volksbildung, Luisenplatz 2-4. Ein hochwürdiger Berater ist ständig anwesend.

Rückgang der amerikanischen Landbevölkerung. Nach einer Statistik über die Bevölkerungsbewegung Amerikas im vergangenen Jahr hat die ländliche Bevölkerung um 619000 abgenommen. Am 1. Januar 1921 wurde die Bevölkerung auf dem ländlichen Lande auf 27,8 Millionen geschätzt gegen 28,5 Millionen am 1. Januar 1920. Daraus kommt allerdings eine jährliche Geburtenbewegung auf dem Lande gegenüber den Städten, so daß schließlich die Differenz von 619000 bleibt.

daß wir beim Vergleich keine Rücksicht auf die Sachverhalte genommen haben.

Als letzter Teil der Sachen in langjähriger Regierungsgemeinschaft mit den Kommunisten ihren Vergleich mit der Königsfamilie Wettin geschlossen haben, haben sie uns auch nicht gefragt, wie das auf uns wirkt.

Jahrelang haben sich die bürgerlichen Parteien in Preußen darauf berufen. Nachdem die große Volksbewegung nicht zum Ziele geführt hätte, müßten wir für den Staat und die preussische Nation reiten, was zu reiten war; den Kampf ohne Kompromiß zu Ende zu führen, hätte bedeutet, daß binnen kurzem durch die Gerichte die Hohenzollern alles herausbekommen hätten und das Volk nichts. Ein solches Ergebnis haben Regierung und Parteivorstand geglaubt, vor dem deutschen Volk nicht verantworten zu können.

Die Frage des Vergleichs ist Frage der Meinungsfreiheit. Jeder Parteigenosse, jeder Staatsbürger hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Aber wenn der Parteigenosse sich in der Öffentlichkeit äußert, muß er überlegen, wie seine Äußerung wirkt, ob sie die Arbeiterbewegung fördert oder stört. Wer die Meinungsfreiheit zeitlich oder örtlich oder sachlich oder im Ton so anwendet, daß die Partei davon Schaden hat, mißbraucht sie und muß es sich auf dem Parteitag gefallen lassen, unbeschadet der Aufrechterhaltung der Meinungsfreiheit zur Ordnung gerufen zu werden. Vielleicht lernen die Genossen, die es angeht, daraus, sich einige Zurückhaltung aufzuerlegen.

Die Frage der preussischen Politik soll erst im Anschluß an das Referat Hülserdings angeregt werden. Aber mit den bloßen Formeln, daß wir nach den Methoden des wissenschaftlichen Sozialismus die Macht erringen müssen, kommt man im politischen Tageskampf nicht aus. Wir müssen nach den Methoden des wissenschaftlichen Sozialismus alle Vorgänge im politischen und wirtschaftlichen Leben beobachten und werten. Aber erst nach dem Ergebnis beginnt die praktische Arbeit, das Nachdenken über die tägliche Bewegung, was die Arbeiterbewegung vorwärts bringt. Wenn das mit der Floskel vom wissenschaftlichen Sozialismus abgetan wäre, sähe Sevetring mit mir noch in der Regierung. Das Regieren hätte ihm dann nicht sozial Kopfschmerzen gemacht. (Heiterkeit.) Wenn jetzt die sächsischen Genossen in Parteiangelegenheiten und in Fragen der sächsischen Politik Zeit übrig haben, die kritische Sonde an die preussische Politik zu legen, so beneide ich sie: wir haben leider keine Zeit, uns um die sächsische Politik zu kümmern. Ich kenne von der sächsischen Politik nur das Ergebnis, und das ist ein Schulbeispiel, wie man es nicht machen darf. (Heiterkeit.) Wir werden es in Preußen nicht so machen. Wenn es den Kommunisten im Bunde mit den Deutschnationalen nicht gelungen ist, uns aus der preussischen Regierung herauszuwerfen, dann bringen es auch die sächsischen Parteigenossen nicht fertig. Freilich geben wir die Nachposition nicht auf. (Stürmischer Beifall.)

Auffhäuser:

Zur Frage der Meinungsfreiheit nur das eine: Zu dem was an Toleranz innerhalb der eigenen Partei hier für notwendig erachtet wird und dem, was an Toleranz dem bürgerlichen Deutschen Beamtenbund gegenüber verlangt wird, klafft ein weites Mißverhältnis. Niemand wünscht, daß an Meinungsfreiheit der Partei die Grenzen dessen, was die Gesamtpartei tragen kann, überschritten darf. Man wünscht lediglich, daß, wie der Hamburger Genosse sagte, der Parteivorstand eine Spitze der Objektivität sein soll. Mit der gleichen Gründlichkeit, mit der z. B. die Korrespondenz des Genossen Leo hier unterliegt wird, sollten auch die Artikel mancher Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ unter die Lupe genommen werden. (Sehr richtig!) Ich spreche weder gegen die „Monatshefte“ und ihre Artikel, noch gegen ähnliche Ausprägungen von derselben Seite, aber diese Meinungsfreiheit, wie sie in den „Sozialistischen Monatsheften“ öffentlich zugestanden ist, ist im Augenblick meines Kampfes für den Achtstundentag, wo gegen den Achtstundentag geschrieben wurde, unerträglich.

In der Beamtenfrage hat der Parteivorstand seinen Weg gezeigt. In Heidelberg ist beschlossen worden, daß die Sozialdemokratische Partei gegenüber der freien und gegenüber der bürgerlichen Beamtenbewegung neutral bleiben sollte. Dieser Beschluß hat sich als unhaltbar erwiesen. Der Parteiaussschuß hat Anfang 1927 einen ähnlichen Beschluß vorgelegt, der sich gleichfalls als unhaltbar erwiesen hat. Es ist jedoch kein Zufall, daß 20 Anträge aus den verschiedensten Teilen des Reiches dieser Tagung vorliegen. Es lediglich beim Beschluß des Parteiaussschusses belassen, würde bedeuten, den Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. Zu bestimmten Fragen muß die Partei bestimmte Entscheidungen treffen. (Sehr wahr!)

Ich müßte dem Kiser Parteitag keinen Beschluß zu, der eine Polemik gegen den Deutschen Beamtenbund bedeutet. Der Deutsche Beamtenbund hat aber klar gezeigt, daß er mit den Arbeitern organisatorisch nichts zu tun haben will. Die Tatsache, daß er eine große Mitgliedszahl hat, kann für die Entscheidung der Partei nicht maßgebend sein. Ich persönlich habe Verständnis dafür, daß ein Teil der Beamten, große Teile der Lehrer, Gemeindebeamten, Polizeibeamten, noch im Deutschen Beamtenbund sind. Wir wollen es auch diesen Genossen überlassen, ihre Gründe nachzuprüfen, um zu einer anderen Entwicklung zu kommen. Wir verlangen keinen Organisationszwang vom Parteitag, wir wollen aber, daß die Partei als Ganzes sich nicht mißbrauchen läßt. Genau so wenig, wie die Partei neutral gegenüber den Christlichen und Nicht-Christlichen, genau so wenig kann sie neutral sein gegenüber einem Beamtenbund, der die christlichen Beamten in sich aufgenommen hat. In der Leitung des Deutschen Beamtenbundes sind die Deutschnationalen maßgebend. Das sind unerträgliche Dinge. Wir haben eine Resolution vorgelegt, die die Stellung der Partei klar festlegt. Der Arbeiter, Angestellte und Beamte soll parteipolitisch neutral sein in seinem Verband, aber nicht neutral im Kampf der bestehenden Klasse gegen die Arbeiterklasse. (Beifall.)

Rosenfeld bemerkt dann geschäftsordnungsmäßig, daß er Braun erst am Dienstag antworten könne und ihm dann nichts schuldig bleiben werde.

Die weitere Debatte wird auf Dienstag vertagt. Schluß 6 Uhr.

Rupprecht gegen Reichsverfassung.

Eine Schmährede des Bayerischen Kronprinzen vor den weißblauen Partikularisten.

München, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische „Heimat- und Königsbund“ veranstaltete am Sonntag in dem oberbayerischen Gebirgsstädtchen Hausham einen sogenannten weißblauen Bauerntag, dessen Besuch allerdings den Erwartungen der Veranstalter nicht entsprach. Auch der „Landesvater“, Kronprinz Rupprecht, war erschienen und zog in einer Ansprache kräftig gegen die Weimarer Verfassung vom Feder. „Das Herz blutet mir“, so erklärte er, „wenn ich zusehen muß, wie unter der Herrschaft der Weimarer Verfassung und selbst über ihre Grundgedanken hinaus Stück um Stück aus unserem staatlichen Gebäude gerissen wird, das — zum Segen von Land und Volk — in jahrhundertelanger, gleichwertiger Arbeit entstand. Ohne Verständnis für alles Bodenständige, Würzeln und Stützpunkte in unserer heimischen Kultur, nicht selten geradezu von Haß erfüllt gegen das geschichtlich Gewordene, sucht der Unitarismus mehr und mehr unser Heimatland finanziell auszuhebeln und Stützpunkte auf Stützpunkte zu gewinnen, um mit der Gleichmacherei vorzudringen bis in das letzte Dorf der Alpen, des Eßperts und des Bagerischen Waldes.“

Schluß der Weltwirtschaftskonferenz.

„Ein Ereignis von bleibender Bedeutung.“ — Kein Beschluß eines Weltwirtschaftsamtes.

Genf, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Weltwirtschaftskonferenz hat am Montag ihre Schlußsitzung abgehalten. Zunächst wurde eine Entschließung des Schweden Verne angenommen, in der mit Bedauern Kenntnis genommen wird, daß die Welt fortfährt, große Summen für

Rüstungszwecke und Kriegsvorbereitungen

auszugeben, welche der Industrie und dem Handel entzogen werden und die Völker unter schwerer Steuerlast setzen. Es wird der dringende Wunsch geäußert, daß alle Anstrengungen für die Beschränkung und den Abbau der Rüstungen bald von Erfolg gekrönt sein mögen zur Erleichterung der Völker von den vorgenannten Lasten. Die Sowjetdelegation ließ durch Sokolnikoff erklären, daß sie der Erklärung zustimme, jedoch von ihr wenig halte, weil der Völkerbund kein taugliches Friedensinstrument sei.

Das hat dann sein Delegationskollege Ossinski noch einmal gesagt in einer längeren Rede, in welcher er die allgemeine

Schlußbilanz der Konferenz vom Sowjetstandpunkt

auszog. Danach hätte die Konferenz nur dann einen Erfolg haben können, wenn sie die elf Forderungen der Sowjetdelegation angenommen hätte. Die Sowjetdelegation könne das Verdienst beanspruchen, die Frage des Nebeneinanderbestehens der beiden Wirtschaftssysteme aufgeworfen zu haben, wodurch Klarheit geschaffen werde, wenn auch die Konferenz nur einen ganz kleinen Schritt entgegengekommen sei. Sodann polemisierte Ossinski gegen Souhaig, daß dieser und die Sozialdemokraten dem Kapitalismus prinzipielle Konzessionen machen, während die Sowjetrepublik nur materielle Güter mit den bürgerlichen Staaten austausche. Er schloß mit der Erklärung, daß der Völkerbund nur ein Werkzeug der mächtigsten Staaten sei, und daß die Sowjetrepublik gar keine Absicht habe, ihm beizutreten.

Souhaig blieb die Antwort nicht schuldig, indem er sofort darauf erwiderte, er wolle mit den Sowjetvertretern hier, wo sie nicht hingehören und nie hingehörten, in keine weitere Polemik eintreten, wohl aber müsse er feststellen, daß es von der Sowjetdelegation unerträglich sei, für die Notlage ihres Landes und Regierungssysteme alle möglichen Milderungsgründe anzurufen, der organisierten Arbeiterklasse in den anderen Ländern aber gar keine solchen zuzuerkennen. Die Konferenz und ihre Arbeiten bezeichnet Souhaig als ein

Ereignis von bleibender Bedeutung.

wenn er auch gern in manchen Punkten weitergehendere und energisere Beschlüsse gewünscht hätte. Hierauf wurden die beiden Entschließungsentwürfe für die Weiterführung der Konferenz-

arbeiten und das Verhältnis zu Sowjetrußland betreffend, einstimmig angenommen. Die letztere Resolution ist bereits bekannt, die erstere ist recht kurz und ganz allgemein gehalten. Sie hebt die Verdienste des Völkerbundes und seines Wirtschaftsausschusses für das Gelingen der Wirtschaftskonferenz hervor, erklärt, daß der Erfolg der Konferenz wesentlich von der Durchführung ihrer Beschlüsse abhängt und lenkt die Aufmerksamkeit des Völkerbundesrates, ohne einen Antrag für eine definitive Organisation zur Fortführung der Konferenz zu stellen, auf die gut ausgewogene Zusammenfassung des Vorbereitenden Komitees der Wirtschaftskonferenz hin. Dann wurde der allgemeine Konferenzbericht mit wenigen redaktionellen Änderungen angenommen. Die Sowjetdelegation begründete ihre Stimmenthaltung mit Mangelhaftigkeit der Analyse der wirtschaftlichen Notlage und ihrer Ursachen.

Es sprach dann noch Genossin Frau Freundlich-Wien namens der internationalen genossenschaftlichen Organisation, indem sie die Ergebnisse der Konferenz als einen bedeutenden Schritt für die demokratische Entwicklung der Wirtschaft bezeichnete und den Wunsch daran anschloß, daß die Frauen immer mehr zu allen die Gesamtheit der Menschen interessierenden Aufgaben zur Mitarbeit herangezogen werden. Nachdem noch Boucheur seine Freude über das alles in allem genommen gute Gelingen der Konferenz ausgesprochen und dem Vorsitzenden den Dank aller Delegierten abgeleitet hatte, hielt der Konferenzpräsident Theunis eine längere mit kräftigem Beifall aufgenommene Schlußrede. Er legte darin den Gang der Konferenzarbeiten und ihre Schwierigkeiten eingehend auseinander, überblickte dann die einzelnen Ergebnisse für den Handel, die Industrie und die Landwirtschaft und zog die Schlußfolgerung, daß nun alles von der Durchführung der Konferenzbeschlüsse abhängt, weshalb jeder Delegierte die moralische Verpflichtung habe, überall und jederzeit für die Resolutionen der Konferenz einzutreten.

Keine amerikanisch-russischen Kreditverhandlungen.

Genf, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die amerikanische Delegation veröffentlicht eine Erklärung, in der sie den Gerüchten über Kreditverhandlungen mit den Sowjetdelegierten entgegentritt. Wohl hätten die amerikanischen Delegierten mit den Russen persönliche Zusammenkünfte gehabt, doch hätten letztere dabei niemals die Frage der politischen Anerkennung Moskaus durch die Washingtoner Regierung oder die Frage von Krediten auch nur angeschnitten. Das wäre auch zwecklos gewesen, da kein amerikanischer Wirtschaftsdelegierter oder Sachverständiger befugt sei, über solche Dinge in Genf zu verhandeln.

Strefemann und die Deutschnationalen.

Gegen Futterkruppenwirtschaft und außenpolitische Quertreibereien.

Der Außenminister des Deutschen Reiches, Strefemann, hat sich veranlaßt gesehen, in der Hochburg der völkischen Bewegung Sachsens, Freiberg, eine Rede zu halten, die besondere Schärfe gegen seine deutschnationalen Koalitionsfreunde enthielt. Er beschränkte sich dabei nicht auf die Kennzeichnung der außenpolitischen Quertreibereien der Deutschnationalen, sondern bezeichnete es auch als unhaltbar, daß die rechtsradikalen Kreise zwischen „nationalen und internationalen“ Staatsbürgern einen Unterschied machten. National sei alles, was dem Staat nütze. Deswegen habe er niemals nur die Auffassung gebilligt, daß man nur mit rechts oder nur mit links regieren könne. Man müsse sich entschieden gegen die von den Deutschnationalen betriebene einseitige Beamtenpolitik wenden, durch die die Deutschnationalen eine Postskriptionsliste vorbereitet für den Fall, daß das politische Pendel wieder einmal zurückgeschlagen sollte.

Diese Worte richteten sich deutlich genug gegen die Futterkruppenwirtschaft des Rechtsblocks, die bekanntlich von der zuverlässig nationalen Gesinnung die Besetzung der Beamtenstellen im Reich abhängig macht und sogar anerkannte republikanische Fachleute aus ihrem Amte entließ, um ihre eigenen Freunde zu Beamten zu machen.

Bei der Betrachtung der Außenpolitik wandte sich Strefemann gegen eine Reihe von Versuchen der Rechtspresse, eine Revanchepolitik zu betreiben und die Verständigungspolitik zu durchkreuzen. Er wies die Meldungen über angebliche Versuche zur Privatisierung der Reichspost ebenso zurück wie die über angebliche englisch-französische Aufmarschpläne gegen Deutschland. Er verurteilte auch die Rede gegen den deutschen Volkshäufner in Amerika, die durch entstellte Berichte zustande gekommen war.

Das Ganze war eine scharfe Lektion für die Fugenberg-Presse und für die noch weiter rechtsstehenden Politiker der Deutschnationalen. Daß Strefemann mit dieser Zurückweisung im Recht ist, braucht wohl nicht erst betont zu werden. Doch ist die Feststellung interessant, daß der Sache nach Strefemann sich die Vormärkte zu eigen gemacht hat. Die Oberpräsident Genosse Hörsing gegen die doppelzüngige deutschnationalen Politik erhoben hat. Wegen dieser Kritik des Genossen Hörsing hat das Reichskabinett eine Aktion unternommen, mit dem Ziele, diesen verdienten Republikaner disziplinarisch zu verfolgen. Wir sind gespannt, was das Kabinett des Rechtsblocks nunmehr mit Strefemann machen wird!

Mecklenburg nach den Wahlen.

Zusammentritt des Landtags. — Regierungsrücktritt und Wiederwahl.

Schwerin, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Versuch der Reichsparteien, durch eine Steigerung des Wahlkampfes in letzter Stunde bei allgemeiner Mobilisierung des Stahlhelms zugunsten der Reichsparteien einen Ueberraschungssieg der Rechten bei der Landtagswahl herbeizuführen, ist vollständig mißlungen. Die Sozialdemokratie ist die Gewinnerin des Wahlkampfes. Die Parteien der Regierungskoalition haben zwei Mandate gewonnen, während die Opposition ein Mandat verloren hat. In der Regierungskonstellation wird sich nichts ändern. Der Landtag wird 14 Tage nach Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses, das nicht vor Ende dieser Woche zu erwarten ist, zu-

ammentreten. Die Regierung wird sofort ihren Rücktritt erklären. Sie wird mit großer Wahrscheinlichkeit in ihrer jetzigen Zusammensetzung wiedergewählt werden. Höchstwahrscheinlich werden die Kommunisten für diese Regierung stimmen, nachdem sie den durch sie herbeigeführten Sturz dieser Regierung mit einer Wahlunterlage haben bezahlen müssen.

Einkruch auch in Danzig.

Die Sozialdemokratie erricht 35 Proz. der Stimmen.

Danzig, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Freistaat Danzig gingen am Sonntag die Wahlen zu den Kreisräten vor sich. Sie erhielten als Stadtmesser für die im Herbst fälligen Neuwahlen des Landesparlaments besondere Bedeutung. Der Wahlkampf stand bereits im Zeichen dieser Hauptentscheidung. Die Erbitterung über die von der Bürgerstadtregerung betriebene antisoziale Sanierungspolitik kam in der politischen Entscheidung der Landbevölkerung bereits zum Ausdruck. Die Stimmenzahl der Deutschnationalen ging von 22 000 bei der letzten Wahl im Jahre 1923 auf rund 15 000 zurück, so daß sie 7 000 Stimmen verloren haben. Die Sozialdemokratie hat sehr gut abgeschnitten. Sie hat ihre Stimmenzahl von 14 200 auf 16 600 erhöht. Sie ist damit in allen drei Kreisen zur stärksten Partei geworden. Erhebliche Verluste haben die Kommunisten davongetragen, die trotz eifriger Agitation über 1300 Stimmen verloren haben und insgesamt nur 4700 Stimmen aufbrachten. Sehr bemerkenswert ist auch der Verlust, den die Polen, die in einem Kreis mit einer Liste auftraten, davongetragen haben. Ihre Stimmenzahl ging von 1567 auf 705, also auf weniger als die Hälfte zurück. In der Zusammensetzung der Kreisräte tritt eine merkliche Verschiebung nach links ein, die für einen Kreis sogar eine Stimmengleichheit herbeigeführt hat. Der von der Sozialdemokratie erreichte Stimmanteil stellt sich im Durchschnitt auf 35 Prozent. Der bei diesen Wahlen zu verzeichnende Kurs nach links läßt für den Herbst die Verfestigung der jetzigen schwachen bürgerlichen Regierungsmehrheit mit Sicherheit ermaßen.

Die Front gegen den Faschismus.

Tagung der Internationalen Kommission in Wien.

Wien, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag fand in Wien eine Konferenz der Internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus statt. Die Konferenz, auf der auch die Sozialistische Arbeiterinternationale durch Otto Bauer vertreten war, nahm die Berichte des Vorsitzenden über die Arbeiten der Kommission, sowie die Berichte der dieser Kommission angeschlossenen Landesorganisationen zur Kenntnis. Der Zusammenschluß der im Ausland lebenden italienischen Sozialisten zur Konzentration der antifaschistischen Bewegung, für den auf der Konferenz Angelita Balabanoff eintrat, wurde begrüßt und beschlossen, diesen neuen Verband in die Kommission aufzunehmen.

Nach einer ausführlichen Aussprache, an der sich Sokoloff-Tschekow, Hiltnermann vom Reichsbanner, Pajor-Ungarn und Balabanoff für die italienische Sozialdemokratie, Kremser für die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei, ferner Heinz und Dr. Deutsch vom Oesterreichischen Schulbund, sowie Dr. Bauer beteiligten, wurde beschlossen, mit der Sozialistischen Internationale auch weiterhin in engsten Beziehungen zu bleiben. Ein besonderes Augenmerk soll den proletarischen Sportorganisationen zugewendet werden. Die Internationale Kommission zur Abwehr des Faschismus ist der Meinung, daß durch ein Zusammenwirken der Selbstschutzverbände und der proletarischen Sportorganisationen der Kampf gegen den Faschismus nachdrücklich gefördert werden kann.



Schleswig-Holsteinische ARBEIT



Die Handelsplätze,

insonderheit Kiel, leiden unter der handelspolitischen Hegemonie der Hansestädte Lübeck und Hamburg. Die Stadt Kiel ist eifrig bemüht, durch Schaffung großzügiger Hafenanlagen seine handelspolitische Bedeutung neu auszubauen, ohne daß es bisher gelang, für die lebenswichtigen Bestrebungen im Reich das erforderliche Interesse zu wecken. Unsere Hoffnung ist, daß der Parteitag auch in diesem Sinne seine soziale Aufgabe für uns erfüllen möchte. Für eine lebensfähige Industrie gibt die Natur dem Land sehr wenig Vorbedingungen. Es fehlen fast alle Rohstoffe; der Boden gibt weder Erze noch Kohlen; verjudeter Abbau von Salzen bei Oldesloe und Segeberg war unrentabel. Die Delgewinnung bei Heide ist ohne Bedeutung. In südlichen Holstein haben Kreidelager allein der entsprechenden Industrie durch Zementfabrikation einen Platz angewiesen und eine gewisse Bedeutung erlangt. Eisen- und Metallindustrie fanden vor dem Kriege eine Basis in der Marine; sie konzentrierten sich auf Schiffsmaschinen- und Apparatebau. Ihr Wirtschaftsniveau bewegte sich in ruhigen und im Gegensatz zu der Schwerindustrie des übrigen Deutschlands in durchaus bescheidenen Bahnen. Heute leiden diese Industriezweige unter höchster Erwerbslosigkeit.

Die Textilindustrie

Ist der älteste maschinell betriebene Grohverwerbszweig unserer Provinz mit seinem Hauptstich in Neumünster. Dort hat auch die Lederindustrie eine große Bedeutung erlangt. Doch auch hier müssen wir eine bescheidene Wirtschaftsbasis feststellen im Gegensatz zu dem Wirtschaftszentrum Groß-Hamburgs. Besondere Beachtung verdient unsere Fischindustrie. Die Hochseefischerei der Nordsee, die ihre Fischdampfer bis nach Island schickt, hat ihren Hauptstützpunkt in Altona-Hamburg, während die Küstenschifferei ihre Ausgangspunkte in Kiel, Eckernförde und Flensburg findet. Von hier wird die Fischerei in der Ostsee betrieben. In verhältnismäßig kleinen, aber zahlreichen leuchtigen Booten gehen die Fischer bis weit ins offene Meer hinaus ihrem gefährvollen Beruf nach. Manches Opfer hat die See gefordert und manches fülle, bescheidene Glück am Strande gefressen; denn das Meer gibt seinen Reichtum nicht ohne Gegenleistung. An jedem Morgen wird die Ware auf dem Auktionswege umgelegt, geht am gleichen Tage in Räucherkeren und Marinieranstalten und nachmittags zum Versand ins Inland. Kieler Sprötzen und Büdlinge sind ein beliebtes und hochwertiges Volksnahrungsmittel geworden, immer noch steigt bei weiterer Erkenntnis dieses Wertes der Konsum von Jahr zu Jahr. Der gewaltige Bedarf kann nicht mehr aus deutschen Gewässern gedeckt werden, Dänen, Norweger und Schweden, selbst Engländer liefern uns aus dem Ueberfluß ihrer Seegewässer einen wesentlichen Teil des deutschen Bedarfs, oft in Mengen, daß zu Zeiten der Hochsaison kaum die Verteilungsmittel ausreichen.

Währlich im Sommer füllen sich die Badesitze an Nord- und Ostsee mit unzähligen Gästen, die Gesundheit und Heilung, aber auch Zerstreuung suchend und findend, Glieder und Nerven in der folgenden Flut stärken. Dem Proletariat des Inlands sind die Stätten dieser Volksgefundung aus wirtschaftlichen Gründen leider noch nicht erreichbar. Auch das muß anders werden wie so vieles.

Die Fischereiausstellung in Kiel.

Eine Fischereiwirtschaftliche Ausstellung, verbunden mit einer Jagdausstellung, wurde in Kiel vor kurzem eröffnet. Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Zentral-Fischerei-Bereins für Schleswig-Holstein und des Landesoberbundes Schleswig-Holstein-Lauenburg im Allgemeinen Deutschen Jagdschutz-

verein nahm der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zur Eröffnung das Wort, indem er hervorhob, daß er gern der Einladung Folge geleistet habe. Er betonte in seinen Ausführungen, daß das Fischereigebiet noch sehr stiefmütterlich behandelt werde. Der Wert der Fischerei sei im besonderen wirtschaftlich von weittragender Bedeutung. Nach der Eröffnung der Ausstellung sprach Oberbürgermeister Dr. Lüden im Namen der Stadt herzliche Willkommenstrüße und gedachte der schwierigen Arbeit, die zur Ausführung der Ausstellung überwunden werden mußte. Die Ausstellung wurde mit vieler Sorgfalt vorbereitet.

Ein Rundgang durch die Ausstellung bietet den Besuchern ein Bild von der Vielseitigkeit der Fischerei und deren vielen Nebenberufen. Die Fischerei selbst ist durch die Seefischerei, Küsten-, Binnen-, Fluß- und Seenfischerei, die Teichwirtschaft und den Sportangler vertreten, ferner durch die Fischindustrie, den Fischhandel sowie sämtliche Beharjgegenstände und Anlagen für den Fischfang. Zu diesen praktischen Dingen kommen dann die Gebiete der Wissenschaft, der Biologie und der Meereskunde. Die wissenschaftliche Abteilung nimmt einen breiten Raum der Ausstellung ein. Es sind u. a. vertreten: die Biologische Anstalt Helgoland mit einem Seeaquarium von 12 Becken, die Landwirtschaftliche Station Lübeck, die die Abwässerungen im Küstengebiet veranschaulicht, die Entwicklung verschiedener Fische durch das Zoologische Institut und das Zoologische Museum in Hamburg und das Zoologische Museum in Kiel. Die Ein- und Ausfuhr der Fische wird durch das Institut für Meereskunde in einer Anzahl Tabellen veranschaulicht. Direktor Albert-Hamburg zeigt Kalbrut aus dem Severn in England.

Das Fischereimuseum Königsberg zeigt den Entwicklungsgang vom Urstadium bis zum Fisch in Bildern, Präparaten und Modellen. Alexander Behm-Kiel macht den Besucher mit den neuesten Ergebnissen seiner Tiefseeforschungen mittels Schallwellen bekannt. Die Fischereianlagen von Bismarckmünde, Altona und Warnemünde geben ein Bild von der Bedeutung der Seefischerei. In Verbindung mit diesen Darstellungen zeigt die Reichsbahn-Gesellschaft ihre Fischtransportkühlwagen, die zum Versand lebender Fische dienen. Die Reichspost ist ebenfalls auf der Ausstellung vertreten und zeigt Material für Kabellegung. Gleichzeitig wird das Seerundfunkwesen erklärt. Die Deutsche Seewarte wartet mit vielen Apparaten und statistischem Material auf. Der Hauptziehungspunkt der ganzen Ausstellung ist die Fischereiwirtschaftliche Ausstellung gegenüber der Jagdausstellung, obwohl auch diese Ausstellung sehr gut besichtigt ist und wunderbare Dinge zeigt. Besonders erwähnenswert ist eine Sammlung der Dammshäuser. Von dieser wird behauptet, daß sie die größte Sammlung Europas sei.

Sehenswert sind auch die exotischen Sammlungen. Während der Ausstellungswoche sind Lagunen des Deutschen Fischereivereins mit allen seinen Unterabteilungen, des Seefischereivereins, der Fischhändler, der Sportangler, der Seen- und Teichwirte usw. vorgegeben. Nicht weniger als 26 Verbände und Landesvereine tagen zurzeit in Kiel.

Billige Fischfrage. Die ersten Makrelen sind wieder auf dem Markt, und überall zu haben. Ferner sind lebensfrische Schollen in besonders schmackhafter Qualität vorhanden, und werden mit 30-35 Pf. pro Pfund abgegeben. Frischer Kaviar im ganzen Fisch pro Pfund 25 Pf., im Schnitt entsprechend teurer, Jander (gekoren) pro Pfund 70 Pf. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht.

Aus Anlaß unseres Parteitages in Kiel dürfte der folgende Ausfluß eines guten Kenners Schleswig-Holsteins besonderes Interesse finden.



Landwirtschaft und Viehzucht, Seefahrt und Fischfang waren unsere natürliche Beschäftigung. Seit unserer Reichszugehörigkeit hat sich eine bedeutende Industrie dazwischen geschoben. Die Ostküste von Flensburg bis hinunter nach Lübeck mit ihrem milden und kalkhaltigen Lehmboden ist unsere Kornkammer. Das milde ozeanische Klima gestattet lohnenden Anbau aller Winterjoaten an Getreide und Desfrüchten, die an Ertrag und Gehalt weit höher qualifiziert sind als die Erträge der süd- und mitteldeutschen Sommerjoaten. Unsere Probsteier Saatgetreidejoarten sind in ganz Deutschland bekannt, sie begründeten vor Jahrhunderten schon den großen Wohlstand dieses Bezirkes bis auf die heutige Zeit. Unsere Westküste mit ihren Marschen ist das Gebiet der Viehzucht und der Fettviehwirtschaft. Die Ueberproduktion dieses an sich nicht großen Bezirkes steht unerreicht in ganz Europa. Die hier gezüchteten schweren Schläge an Rindern mit meist englischer Zuchtichtung genießen Weltruf, das Marschpferd ist weit über Deutschlands Grenzen bekannt und beliebt. Die Ueberproduktion an Ferkeln beeinflusst sogar die größten Märkte wie Hamburg, Berlin und München. Der wöchentliche Hufener Fettviehmarkt ist während der Hochsaison jedesmal ein Ereignis für den gesamten deutschen Fleischmarkt.

Die Ueberproduktion der Ost- und Westküste,

der an Getreide, hier an Vieh und Fleisch, hat einen hohen Wohlstand herbeigeführt. Eingebettet in diese Bezirke äppigster Fruchtbarkeit liegt der magere Mittelrücken mit seinen Heiden und Mooren, mit dem wir in agrarischer Hinsicht keinen Staat machen können, der aber gleichwohl dem Naturfreund und Jäger großes Interesse ablockt. Reisende, die die Provinz mit der Hauptbahn von Süd nach Nord und umgekehrt durchfliegen, gewinnen keinen guten Eindruck von unserer Agrarkultur, obwohl auch hier die moderne Wirtschaftsform Erträge zeitigt, die sich in der Hauptsache auf den Anbau von Hackfrüchten erstreckt. In den zum Teil großen Geseßdörfern wird daneben die Schweinemast betrieben. Entsprechend ihren bescheidenen Einkommensverhältnissen sind die Geseßbewohner bedürfnisloser und sparsamer als unsere Küstenbewohner, waren auch in früheren Zeiten bei diesen wenig angesehen. Diese Menschengegenläge zeichnet unser heimischer Schriftsteller Gustav Grenssen in seinem Roman „Jörn Uhl“ in packender Form und mit großer Sachkenntnis. Neben Landwirtschaft und Viehzucht ist Seefahrt not für die Küstenbewohner. Unsere Söhne fahren auf Handelschiffen aller Nationen und könnten genugsam erzählen von allen Teilen der Welt. Aber sie tun es nicht und sitzen stumm hinter dem heißen Grog. Das Blattdeutsche ist ihnen im Wege und der große Priem hindert die Junge.

Die Brücke im Dschungel.

Sitten- und Stimmungsbild aus dem Innern Mexikos.

Von B. Traven.

Copyright 1927, by B. Traven, Tamaulipas (Mexiko).

„Ein großer Junge kam vorbei auf einem Pferde,“ erwidert nun der ältere der beiden Burschen.

„Ja, ein großer Junge,“ mischt sich der jüngere ein. „Und Carlo stand gerade hier und da sagte —“

„— und da sagte der Junge,“ nun redet wieder der ältere, „wollst du nicht mitkommen, Carlo, ich reite schnell.“

„Was hat denn da der Carlo gesagt?“ fragte die Garza.

„Reitest du nach Magiscachin?“ hat Carlo gefragt. Da hat der große Junge genickt und Carlo sagte, dann könne er sich ja in Magiscachin Bonbons kaufen, er habe zwanzig Centavos. Und der Junge hat wieder genickt und gesagt, das könne er wohl, und sein Pferd sei ein sehr schnelles Pferd.“

Wenn der eine der beiden Jungen aufhört zu reden, fängt jedesmal gleich der andere an. Die Geschichte scheint ganz wahr zu sein. Das können sich zwei Jungen nicht so gut von selber ausdenken.

Die Leute sind wieder dichter herangekommen.

Die Garza blickt eine Weile auf die Jungen, dann sieht sie sich um und blickt in die Gesichter der Umstehenden, die infolge des trüben Lichtes der verräucherter Laternen kaum richtig zu erkennen sind.

Inzwischen ist Manuel näher gekommen, weil er hörte, daß hier eine Neuigkeit sei. Der Blick der Garza fällt jetzt auf Manuel und bleibt eine Weile darauf haften, als ob sie bei ihm Rat suche. Dann wendet sie sich rasch zurück zu den Jungen und sagt laut: „Das glaube ich nicht. Das glaube ich nicht. Carlo reitet nicht fort, wenn Manuel hier ist und Manuel Montag früh schon wieder abreisen muß. Und wenn er wirklich nach Magiscachin geritten wäre, so hätte er es Manuel gesagt.“

„Er ist aber doch mit dem großen Jungen geritten,“ behauptet der ältere Bursche auf seiner Behauptung.

„Wer war denn der Junge?“ fragt die Garza.

„Das wissen wir nicht, wie er heißt.“

„So, das wißt Ihr nicht?“ sagt die Garza. „Kennt Ihr den Jungen?“

„Nein, wir kennen ihn nicht,“ sagt der ältere, während der jüngere behauptet: „Ich habe ihn aber schon einmal hier

vorgekommen sehen mit einem beladenen Esel.“

Run mischt sich der Pumpmeister ein: „Wie sah denn der Junge aus?“

Bisher haben die Jungen klar und sicher gesprochen. Als sie aber diese Frage beantworten sollen, fangen sie an, sich fortgesetzt zu widersprechen. Sie vermögen nicht genau anzugeben, wie der Junge ausgesehen hat. Sie können nicht einmal sagen, ob er auf einem Sattel saß oder nur auf einer Matte, und über die Farbe des Pferdes und das Brandzeichen wissen sie gar nichts. Dagegen stimmt die Zeit wieder, denn sie behaupten, es sei ungefähr etwas mehr als eine gute Stunde her, seit Carlo fortgeritten sei. Das wäre also um 8 Uhr gewesen. Und um diese Zeit lief der Junge aus der Hütte fort, um rüber zur Pumpe zu rennen, wo Manuel war und der Vater die Geige spielte. Seitdem hat ihn die Mutter nicht mehr gesehen.

Als alle Anwesenden, mit Ausnahme der Mutter, erklären, daß sie die Erzählung der beiden Jungen für glaubhaft halten, weil mehrere Männer und Burschen vorübergeritten seien und die Jungen gar keinen Grund hätten, zu schwindeln in einer so ernsten Sache, setzt sich Garza aufs Pferd und reitet nach Magiscachin, um nach Carlo zu fragen. Es ist möglich, jener Junge auf dem Pferde ist nicht aus der Gegend hier, sondern macht eine Reise und hat Carlo in Magiscachin abgesetzt, und Carlo kann nicht zurück. Der Junge ist doch nur sechs Jahre alt und mag leicht unüberlegte Streiche dieser Art machen. Run sieht er wahrscheinlich in jenem kleinen Dorf und heult, weil er nicht zurück kann in der Nacht.

Durch die Beschäftigung des Auffatteln, durch das Fortreiten ihres Mannes und die Zuversicht aller übrigen Leute wird die Garza ein wenig von ihren schweren Befürchtungen abgelent. Sie fühlt sich leichter, setzt sich zu anderen Frauen auf eine Bank und mischt sich in deren alltägliches Geschwätz über alltägliche Dinge.

Manuel steht gegen einen Baum gelehnt. Er weiß nicht recht, was er tun soll. Zu den Mädchen zu gehen, die da herumstehen und klappern, hat er keine Lust. Endlich aber macht er sich doch auf und geht langsam auf jenes hübsche Mädchen zu, mit der er schon früher am Abend geplaudert hatte.

7.

Stleich war an der ganzen Sache ziemlich uninteressiert gewesen. Was ihn überhaupt lebhaft in Bewegung bringen könnte, habe ich bis heute nicht erfahren können. Aber viel-

leicht lerne ich etwas mehr von ihm, besser: über ihn, wenn ich ihn später wieder einmal treffe. Als die Luftregung sehr hoch ging, sagte er mir, daß er wieder übergehen wolle, um zu sehen, ob die Kuh jetzt vielleicht hereingekommen sei. Run ist er zurück. Die Kuh ist noch nicht da und sein Gespräch dreht sich nur darum, wo die Kuh sein könne und warum sie nicht komme.

Da kommt ein Junge an uns vorüber und geht zu Manuel. Ich folge ihm, um zu hören, was er will.

„Das ist ja gar nicht wahr, daß der Carlo nach Magiscachin geritten ist,“ sagt er sehr laut zu Manuel. „Der Carlo ist mit einem Jungen nach Pacheco geritten, aber nicht auf einem Pferde, nein, auf einem Esel.“

„Hast du es gesehen?“ fragt Manuel mißtrauisch.

„Natürlich habe ich es gesehen, sonst würde ich es dir doch nicht sagen.“

„Warum hast du denn das nicht früher gesagt?“

„Ich habe doch nicht gewußt, daß die andern erzählt haben, Carlo sei nach Magiscachin geritten,“ jagt der Junge entschuldigend.

Die Garza hat das alles gehört. Sie ist aufgeschreckt und kommt so rasch herbei, als sei sie in einem Sah hergesprungen.

„Was sagst du da?“ schreit sie auf den Jungen ein und schüttelt ihn bei beiden Schultern.

Der Junge wiederholt seine Rede und schwört bei allen Heiligen, daß er Carlo habe auf einem Esel fortreiten sehen in der Richtung nach Pacheco.

Die Garza läßt den Kopf tief zwischen ihren Schultern versinken und sie erscheint plötzlich ganz klein und zusammengebrückt. Ihr Mund steht weit offen und ihr Blick flackert irre hin und her.

Der Pumpmeister rüttelt sie energisch am Arm. Er fürchtet, daß sie stehend sterben werde, wenn er sie nicht aufweckt. Dabei sagt er: „Regen Sie sich doch nicht auf, Carmelia, regen Sie sich doch nur nicht auf. Warten Sie doch erst einmal ruhig ab, bis Garza zurück ist.“

Die Frau sagt nichts darauf. Sie hat augenscheinlich überhaupt nichts gehört. Der flackernde irre Blick schweift weiter ruhelos umher.

Einer der Felsstreiber des Packzuges sagt nun: „Ich kenne den Weg nach Pacheco. Es ist ein ganz verfluchter Weg. Wenn man ihn nicht genau kennt, kommt man in der Nacht nicht mehr wieder. Habt Ihr ein Mula oder einen Esel, dann will ich rüberreiten und nach dem Jungen herumhören. Meine Esel sind müde.“ (Fortsetzung folgt.)

Milde Justiz.

Die Nationalsozialisten vor dem Schnellrichter.

Wie erinnerlich, wurden am Donnerstag in der Versammlung des Rathbanners Schwarz-Rot-Gold, in der u. a. Farrer Student sprach, 29 Angehörige der aufgelösten Nationalsozialistischen Partei in Haft genommen. Sie hatten sich gestern vor dem Schnellrichter, Amtsgerichtsrat Kasser, zu verantworten. Es war das größte Ereignis, das vor dem Schnellgericht seit seinem Bestehen zu verhandeln war.

Die Staatsanwaltschaft, vertreten durch Staatsanwalt Dr. Friedersdorf, hatte Anklage erhoben, weil die Beschuldigten eine nicht verbotene Versammlung unter Gewalttätigkeiten zu sprengen versucht hätten. Die Verhandlung begann um 10 Uhr vormittags und zog sich bis in den späten Nachmittag hin. Bei den Angeklagten handelte es sich durchwegs um junge Leute, die groß geworden sind in jenen wirren Jahren des Krieges und der Inflation, fanatische Menschen, die leere Theorien einherpfeiften und von Geist nicht angekränkt waren. Natürlich ist alles ganz harmlos gewesen. Man bestreitet selbstverständlich, sich verabredet zu haben, aber Rezensarten wie „wir“ und „von uns“ bewiesen, daß alle Angeklagten mit einander gut bekannt waren. Ja, der Angeklagte Student Studenkowski, ein geborener Russe, gab sogar zu, vom Bureau der nationalsozialistischen Abgeordneten aus zur Versammlung gegangen zu sein. Die Zeugenansagen der Kriminalbeamten und zahlreicher Reichsbannerleute ergaben freilich ein wesentlich anderes Bild. So befand der Kassierer des Rathbanners, der den Kartenverkauf leitete, daß mehrfach fünf bis sieben Mann gekommen wären, für die ein einziger bezahlte, und daß diese Gruppen sich nach bestimmtem Plan in der Versammlung verteilten. Sündig habe zwischen den Nationalsozialisten im Saal eine enge Verbindung bestanden. Acht Zeugen befanden, daß die Angeklagte Klink bei den Ausführungen des Farrers Studen gerufen habe: „Du hast noch lange nicht genug gefreigt!“ Bei der Erwähnung Rathenaus habe sie „Juden-sau“ gerufen. Die Angeklagten Stegemann, Thiede, Studenkowski und Rinke haben sich bei ihrer Festnahme gemeldet, Thiede bedrohte die Beamten mit einem Kopfe, Rinke schlug mit einer Hahnenkumpfe um sich. Das Ergebnis der Zeugenvernehmung war klar und eindeutig! Aber der Staatsanwalt hatte ein mildes Herz in der Brust. 19 Angeklagte beglückte er durch einen Antrag auf Freisprechung, weil „die Absicht der Versammlungsprengung nicht erwiesen“ sei, und gegen die vier übrigen gebliebenen ließ er ganze fünf Tage Gefängnis vor. Das politische Leben sei nun einmal „verrotzt“, sagte er, und da dürfe der Einzelne nicht so hart angefaßt werden. Gewiß müsse man eine Besserung der politischen Sitten wünschen, was Deutschland auch bei seinen „Feinden“ wieder zu tun haben werde. Und außerdem ständen ja zur Aburteilung zum großen Teil unbescholtene junge Leute „aus meist recht guter Familie“, und da dürften wir den Fall nicht so hart beurteilen. Man kann sagen, daß der entscheidende Richter für diese Ausführungen unnützes Verständnis zeigte. Ja, er ging sogar noch über seinen Vorbesitzer hinaus und verurteilte nur Studenkowski und Rinke wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu ganzen 70 Mark Geldstrafe.

Wir wünschen jedem Angeklagten einen so gütigen Richter, und doppelt glücklich ist der zu preisen, der einen so milden und nachsichtigen Staatsanwalt findet! § 7 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922, das erst vor 14 Tagen als Verleser verlängert worden ist, befaßt z. B. im Absatz 2: „Mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, bestraft, wer einen anderen, der als Mitglied einer republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes durch eine gegen ihn gerichtete Gewalttätigkeit getötet worden ist, öffentlich oder in einer Versammlung beschimpft oder verleumdet.“ Als Kompliment ist die Bezeichnung „Juden-sau“ immerhin nicht aufzuheben.

Als der Staatsanwalt sein Plädoyer beendet hatte, sagte ein Zuhörer: Der Verteidiger hat ausgezeichnet gesprochen. Vor der Verhandlung gegen die Nationalsozialisten freilich hatten vier jugendliche Arbeitlose, unter ihnen drei Unvorbestrafte, sich wegen Hausfriedensbruches zu verantworten, weil sie in einem Eisenbahnwaggon genächtigt haben. Sie sind dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend ins Gefängnis gesteckt worden!

Die Nationalsozialisten werden aus solchen drakonischen Urteilen, wie man sie gestern gegen sie fällte, ihre Lehre ziehen! Die Justiz ist mit ihnen...

Verfallungsverbot des „Deutschen Frauenordens“

Auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung, des § 2 des Reichsverfassungsgesetzes von 1908, des § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung von 1883 hat der Polizeipräsident in der Stadt, den 23. Mai, im Kriegervereinshaus, für Mittwoch, den 25. Mai, in den Hohenzollernfestsaal und für Donnerstag, den 26. Mai, im Kriegervereinshaus angeordnete Versammlungen des „Deutschen Frauenordens“ verboten, weil diese Veranstaltungen als Versammlung der durch Verfügung vom 5. Mai d. J. aufgelösten Gauleitung Berlin-Brandenburg der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei anzusehen sind. Zur Begründung dieses Verbots wird vom Polizeipräsidenten angeführt: Daß es sich bei den geplanten Veranstaltungen lediglich um eine Umgehung des erwähnten Verfallsverbotes handelt, ergibt sich aus folgenden Umständen: Der deutsche Frauenorden, von dem die Versammlungen angeblich veranstaltet werden, hat seit Juli 1925 keinerlei öffentliche Versammlungen in Berlin einberufen. Die jetzt geplanten Versammlungen sind erst in den letzten Tagen nach Auflösung der hiesigen Organisation der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei bekanntgegeben worden. Die offizielle Bekanntmachung der Versammlung ist im redaktionellen Teil des Berliner nationalsozialistischen Organs erfolgt. In der Versammlung am Montag soll der nationalsozialistische Abgeordnete Streicher ein offensichtlich politisches Thema behandeln, während der Frauenorden es sich nach der Satzung zur Aufgabe gemacht hat, „die Frauen aus den Wirren der Politik herauszuführen“ und in wiederholten Ordensstagen ausdrücklich die politische Ueberparteilichkeit der Organisation betont wurde. Die für den 25. Mai einberufene Versammlung hängt überdies mit der am 17. April in der „Berliner Arbeiterzeitung“ als „Öffentliche Massenversammlung der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei“ (Redner Dr. Göbbels) angekündigten Veranstaltung zusammen.

Wieder achtzehn Nationalsozialisten verhaftet.

Trotz des politischen Verbotes hatten sich gestern Abend vor dem Kriegervereinshaus wieder größere Trupps von Anhängern der Nationalsozialisten eingefunden, so daß die Polizei eingriff. Insgesamt wurden 18 Personen verhaftet und der Abteilung I. A. im Polizeipräsidium zugeführt. Zu größeren Störungen ist es nicht gekommen.

Aus verschmähter Liebe?

Der Reichenfund in Nichtenberg aufgefärlt.

Noch im Laufe des gestrigen Tages ist es gelungen, den zweifachen Reichenfund in Nichtenberg, über den bereits berichtet wurde, aufzuklären und die Persönlichkeiten der beiden Toten festzustellen.

Wie schon mitgeteilt, hatte man in der Nähe der weiblichen Leiche eine Patronenhülse und bei dem erschossenen jungen Mann eine Patrone gefunden. Es konnte dadurch festgestellt werden, daß beide genau übereinstimmen. Ebenso ergaben Messungen an den aufgefundenen Spuren und den Füßen des Toten, daß er unmittelbar vor dem Mädchen gestanden haben mußte. Bei genauer Durchsicht der Leichen des Erschossenen fand man einen Brief, der offenbar an seine Eltern gerichtet und mit dem Namen „Erich“ unterzeichnet war. Der Schreiber klagte darin, daß er infolge eines Wagens- und Reitunfalls sehr niedergedrückt sei und aus dem Leben scheiden wolle. Er erwähnte auch Beziehungen zu einem Mädchen, doch war kein Name genannt. Eine Spur ergab erst ein kleiner arg zerfetzter Zettel, der die Adresse eines jungen Mannes trug. Dieser erkannte alsbald in dem Toten seinen Freund, den 21 Jahre alten Wagenbauer Erich Müller, der in der Weichselstraße 33 zu Nichtenberg wohnte. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß der junge Mann, der gut bezahlte Arbeit hatte, vor etwa einem halben Jahre eine 17 Jahre alte Frieda Kurzan kennen gelernt hatte, die in demselben Hause wohnte und bei ihrer Tante als Blätterin beschäftigt war. Müller gewann das Mädchen so lieb, daß er hoffte, sie heiraten zu können. Am vergangenen Freitag hatten die jungen Leute eine Besprechung, in der das Mädchen die Beziehungen lösen wollte. Müller wollte das nicht dulden und drohte sogar mit Erschießen. Am Sonntag Abend nach dem Essen war das Mädchen dann mit einem anderen Bekannten zum Tanz gegangen und kehrte, von dem jungen Manne bis vor die Tür begleitet, gegen 12 Uhr heim. Müller stand vor der Tür. Allem Anscheine nach ist es dann wieder zu Streitigkeiten gekommen und Müller hat die am Freitag ausgesprochene Drohung wahr gemacht und das Mädchen und dann sich selbst erschossen. Ob er den zur Tat benutzten Revolver erst kurz zuvor gekauft hat oder ob er die Waffe schon früher besaß, ließ sich nicht feststellen. Es ist auch noch nicht ermittelt, wer dem Toten die Waffe gestohlen hat.

Die beiden Autodroschken. Auf dem Fasanenplatz in Wilmersdorf kam es gestern Nachmittag gegen 3 Uhr zu einem schweren Zusammenstoß zwischen zwei Kraftdroschken, wobei ein Wagen völlig zertrümmert wurde. Während der Kraftwagenführer mit geringfügigen Verletzungen davonkam, wurde der Insasse, ein Kaufmann Boris K. aus der Schillerstraße 16, erheblich verletzt. Ein völlig unbeteiligter Passant wurde von dem zur Seite geschleuderten Kraftwagen erfasst und verletzt. Beide Verletzten Personen wurden zur nächsten Rettungsstelle gebracht, wo ihnen erste Hilfe zuteil wurde. Das zertrümmerte Auto mußte abgeschleppt werden.

Eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Vermögenserklärung für 1927 veröffentlicht die Finanzämter im Bezirk des Landesfinanzamtes Berlin im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer.

Funkwinkel.

Auf die Stunde der Lebenden folgt eine Stunde der Jüngsten. Aber der Titel der Nachmittagsveranstaltung „Jüngste Dichtung und Musik“ ist an dem Inhalte gemessen zu weit gespannt. Allerdings sucht Dr. Wille einzuschränken und betont doch hier nur ein bestimmter Kreis von Worten kommt. Trotzdem hält er jedoch intonationsreicherweise dessen charakteristische Züge für typische Merkmale der ganzen Generation. Man ist fern von Ueberbahrung und Ekstase, fern auch von Intellektualität, Dekadenz und frühreifem Wissen. Man verliert, angeregt durch den sportlichen und wirtschaftlichen Zeitgeist, bereits in jungen Jahren dem Leben selbstverständlich gegenüberstehend. In den Romanen Herbert Schillers und W. S. K. in's behält eine fähige Beobachtung des Lebens. Und auch Wolfgang Hellmerts Verse glücken nicht. Man schübert die Außenwelt und wird vielleicht später auch die Seele entdecken. Mit einer Betrachtung der Seelensphäre befaßt sich Dr. Zuder seine Vortragsfolge über die moderne Berliner Baukunst. Bei Wohnungsbauten sind nicht allein formale und künstlerische Gesichtspunkte, sondern vor allem wirtschaftliche und soziale ausschlaggebend. Die Bedeutung einer Siedlung wird entschieden durch die Entfernung von der Arbeitsstätte und von der Beförderungsmöglichkeit. Aus wirtschaftlicher Notwendigkeit ist man heute wieder zum Hochbau zurückgekommen. Damit ist aber nicht gefolgt, daß es sich hier um eine Neuauflage der alten Mietkolonien handelt. Der moderne dre- und vierstöckige Block sucht wirtschaftliche Notwendigkeiten mit moderner Hygiene zu verbinden. Durch Zusammenlegung der Höfe werden künstlerische und hygienische Momente vereinigt. Als vorbildlich betrachtet Zuder die Häuserblöcke der Beamtenwohnungsvereinigung in Neukölln und die neuerbauten Bauten am Breitenpark in Wilmersdorf. Mit aller Energie vertritt Hans Gottfrucht in seinem Vortrag „Wochenende und Arbeitnehmer“ die Forderung auf ein freies Wochenende. In keinem Falle hat man bis jetzt eine Verkürzung der Arbeitszeit als Verminderung der Arbeitsleistung ansehen können. Denn der ausgeruhte Mensch leistet in kurzer Zeit mehr als der ermüdete in langer. Das fehlende freie Wochenende ist ein Zeichen dafür, daß der deutsche Arbeitgeber noch immer nicht den Arbeitnehmer als gleichberechtigten Menschen anerkennt, der auch Anspruch auf körperliche und geistige Betätigung außerhalb seines Berufes hat. Stärkste Nationalisierung in der Arbeit der deutschen Parlamente fordert Ministerialrat Hans Goslar in seinem Vortrag „Reform unserer Parlamente“. Bereits heute liegt die parlamentarische Hauptarbeit in den Ausschüssen, und eine regelmäßige Berichterstattung über die Ausschussarbeiten wäre dringend notwendig. Ferner ist die Geschäftsordnung zu ändern. Dieselbe Materie, die in den Ausschüssen behandelt worden ist, braucht nicht notwendig noch einmal im Plenum durchgenommen zu werden, wenn der Gegenstand für die Allgemeinheit von geringem Interesse ist. Hier könnten die Ausschüsse bereits allein das Geleise verabschieden. Debatten jeder Art, die in den Ausschüssen geführt worden sind, sind im Plenum zu vermeiden. Und hier sollten allein politische, wirtschaftliche und soziale Fragen zur Verhandlung kommen. Die Uebertragung aus Brighton konnte der schweren atmosphärischen Störungen wegen nicht zur festgesetzten Stunde beginnen. Nachdem die Dunkelheit auch in England eingetreten war, zeigte die Uebertragung des Großendens Daventry noch sehr viele Gewitterstörungen. In störungsfreien Augenblicken war die Uebertragung jedoch tadellos, so daß man bei günstiger Witterung in der Zukunft gute Leistungen erwarten darf.

Die Rache des Einarmigen.

Das Revolverattentat in der Bewag.

Wieder stand Karl Lemm, der Mörder des Direktors der Bewag Rehle vor dem Landgericht II. Der Prozeß mußte vor etwa drei Wochen vertagt werden; der einzige Zeuge der verhängnisvollen Schüsse, Direktor Kunsmann, dem sie eigentlich gelten sollten, war damals nicht erschienen. Das Gericht hatte deshalb beschloffen, ihn im Krankenhaus zu vernehmen; er ist aber unterdessen gestorben. Der Angeklagte erzählte auch diesmal in seiner weitgeschweifigen und arroganten Art die Geschichte von seinem Armverlust in der Kindheit und von seinem Verhältnis zu den Arbeitskollegen. Der Angeklagte war Mitglied der Nationalsozialistischen Freiheitspartei; er bestreitet jedoch, daß er sich in seiner Einstellung gegenüber seinen Arbeitskollegen von politischen Motiven hat leiten lassen. Er behauptet im Gegenteil, daß für die Direktion der Bewag bei dem Abbau und der Umstellung der Beamten politische Gründe maßgebend gewesen seien. Der Angeklagte gefaßt sich dabei, in heftigen Ausfällen gegen die Gewerkschaften die streikenden Arbeiter und dergleichen mehr. Die verlesene Aussage des verstorbenen Direktors Kunsmann, wie die auch die übrigen Zeugenansagen ergeben, daß der Angeklagte seinen Arbeitskollegen gegenüber in der gehässigen Weise aufgetreten ist; er hat auch eine große Arroganz zur Schau getragen. Seine Drohungen, seine Kollegen über den Haufen zu schießen, hat man im allgemeinen nicht ernst genommen. Doch hatte der Zeuge Schäfer am Tage der Kündigung die Befürchtung ausgesprochen, daß er diese Drohung doch am Ende verwirklichen würde. Es ergibt sich auch, daß man dem Angeklagten gegenüber die größte Rücksicht geübt und in jeder Weise versucht hat, ihm Arbeit zuzuwenden, der er gemachten gewesen wäre. Besonders Rehle war es, der stets ein gutes Wort für ihn eingelegt hat. Auch Direktor Kunsmann soll ihm gegenüber stets korrekt gehandelt haben. Dr. Bürger erklärte als psychiatrischer Sachverständiger, daß der Angeklagte zwar unter schweren Minderwertigkeitsgefühlen leide und als Psychopath anzusprechen sei, die Strafe für die Verantwortung für seine Tat indes trage. Plädoyers und Urteil folgen heute.

Gegen die „Ehengerichte“.

Die neue Kerkzergorganisation, die in Berlin unter der Bezeichnung „Kerkzerg Sezeßion“ zusammengetreten ist, hat auf ihrem Programm auch den Kampf gegen die sogenannten Ehengerichte. Sie eröffnet jetzt den Kampf in einem von ihr beim Preussischen Staatsministerium eingereichten Antrag, mit Rücksicht auf die Reichsverfassungswidrigkeit der ärztlichen Ehengerichte als unzulässiger Ausnahmegerichte (Artikel 105 der Reichsverfassung), sämtlichen Urteilen der preussischen Ehengerichte und des preussischen Ehengerichtshofes keine Vollstreckbarkeit mehr zu gewähren und weiterhin das noch bestehende alte preussische Gesetz betreffend die Ehengerichte im Einvernehmen mit dem preussischen Landtag schleunigst aufzuheben zu wollen. Die Kerkzerg Sezeßion hat ihren Standpunkt in dieser Frage in einem ausführlich gehaltenen Schreiben an den Ministerpräsidenten Braun eingehend begründet.

Für 10,20 M. nach dem Harz und zurück.

Für Sonntag, den 29. Mai ist — wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt — ein Sonntagssonderzug 4. Klasse von Berlin, Potsdamer Bahnhof, nach Thale (Harz), dem Ausgangspunkt für das Bodetal (Ferienort) usw. in Aussicht genommen. Abfahrt vom Potsdamer Bahnhof 6.45 Uhr, Ankunft in Thale 11.08 Uhr, Rückfahrt von Thale 19.30 Uhr, Ankunft in Berlin am 30. Mai 0.15 Uhr. Die Fahrkarte von Berlin nach Thale und zurück kostet 10,20 M. Der Fahrkartenerwerb beginnt am Dienstag, dem 24. Mai, bei den Fahrkartenausgaben Potsdamer Bahnhof und Potsdam, sowie in den Mittelstationen des Reichsbahnsystems (MRE): Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Kaufhaus des Westens, Unter den Linden 57/58. Der Sonderzug hält auf der Hinfahrt und Rückfahrt auch in Potsdam. Der Fahrpreis von Potsdam aus beträgt 9 M.

Die Siebenbürger Säger im Rathaus. Die städtischen Körperschaften empfangen gestern im Foyer des Berliner Rathauses die Vertreter des Hermannstädter Männergesangsvereins. Stadtsyndikus Lange begrüßte im Namen der städtischen Körperschaften die Siebenbürger Gäste und gab dem Bursche Ausbruch, daß alle Teilnehmer der Sägerfahrt frohe und schöne Eindrücke aus Berlin in die Heimat mitnehmen möchten. Der Präsident des Hermannstädter Männergesangsvereins dankte im eindrucksvollen Rede. Hieran schlossen sich Gesänge des Hermannstädter Gesangsvereins, welcher die Nationalhymne „Siebenbürger Land des Segens“ von Siegfried Molke und das Siebenbürger Lied „Sach, halte Wacht“ von Eugen Lassef zum Vortrag brachte.

Genosse Otto Frank, ein alter, verdienter Parteiveteran, der schon unter dem Sozialistengesetz für die Partei gearbeitet hat, ist gestorben. Der „Zürcher Sozialdemokrat“ wurde unter seiner Deckadresse verbreitet. Auch für den Holzarbeiterverband war er viel tätig. Die greise Gattin des Verstorbenen ist heute noch trotz ihres hohen Alters eifrig für die Partei tätig und hat alle Leiden eines verfolgten Sozialisten mit ihm geteilt.

Von der Landpartei zur Wanderschaft. In dem Ausschuss unter obigen Titel im Sonntag „Vorwärts“ ist von zwei Organisationen der „Naturfreunde“ die Rede. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien, bittet eine mitzuteilen, daß die feierliche Zeit aus dem genannten Verein ausgeschlossen oder selbst ausgeschiedenen Kommunisten sich unter der Bezeichnung „Naturfreunde“ im Sportverein „Fichte“ zusammengekommen haben. Für unsere Genossen und Weser kommen also nur die Naturfreunde mit der Zentrale in Wien in Frage. Geschäftsstelle bei Hugo Sinn, R. 20, Ertelstraße 30.

Der Botanische Garten in Dahlem ist am Samstagmittag und am 2. Sonntagmittag wie folgt geöffnet: der Garten von 10—7 Uhr, die Schauhäuser von 2—6 Uhr. Am 1. Feiertag ist der Garten geschlossen.

III
Chinosol

In Ihre Sommerfrische

nehmen Sie unbedingt Chinosol mit. Alle offenen Verletzungen heilt es in überraschend kurzer Zeit. Gurgeln mit Chinosol-Lösung ist das beste Gegenmittel bei Katarrhen. Es erhält Zahne- und Zahnfleisch gesund, schützt gegen Infektionen aller Art weit besser als Karbol und sonstige starkriechende Desinfektionsmittel. Damen benutzen es zu inneren Spülungen. Es ist in Wasser leicht löslich, sehr süßlich, und man kann es in der Westentasche mitführen. Wer Chinosol vermischt hat, will es nie wieder missen. In allen Apotheken und Drogerien vertrieben.

Von 7 Industrie-Rennen 6 gewonnen!

OPEL

Neuer Sieg: Hannover-Bremer-Hambg. Sieger: van Hevel auf ZR. III mit Continental und Veleda-Sattel

Die Berichterstattung des Parteivorstands.

Organisation, Kasse, Parteibetriebe. — Kulturaufgaben der Partei. — Die Frauen in der Partei.

Kiel, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Im weiteren Verlauf der gestrigen Vormittags-Sitzung des Parteitag's erstattete Genosse Rudolf Ludwig den Bericht über Organisation, Kasse und Parteibetriebe.

Genosse Ludwig:

Wir sind — wir sagen es mit Stolz — noch immer die einzige Partei, die ihre Kassendücker offen auf den Tisch des Parteitag's legt. Wir fragen alle anderen Parteien, wer Lust hat, es uns nachzumachen. Die Einnahmen und Ausgaben der 32 Parteibeiräte, der über 8000 Ortsgruppen betragen 1926 rund 7,4 Millionen Mark. Die Gesamteinnahmen betragen 8,5 Millionen Mark, pro Kopf des Parteimitgliedes in ganz Deutschland 10 Mark. Das ist eine Leistung, auf die die Sozialdemokratie besonders stolz ist.

In den Jahren 1924 bis 1927, also in drei Jahren hat die Sozialdemokratische Partei für Wahlen, Volksentscheid usw. 5 Millionen Mark ausgegeben.

Eine statistische Erhebung im Berichtsjahr ergab, daß 73 Proz. der Mitglieder Handarbeiter, 11 Proz. Kopfarbeiter, 5 Proz. selbständige Handels- und Gewerbetreibende, 2 Proz. freie Berufe und 9 Proz. ohne Angabe eines Berufes waren. Die Arbeit der Parteioffiziere, insbesondere die der Vertrauensleute erstreckt man an der Zahl der Versammlungen und der verteilten Flugblätter. Wir finden im Berichtsjahr 36789 öffentliche und 57981 Mitgliederversammlungen. Zur Verbreitung kamen über 100 Millionen Flugblätter. Allein zum Volksbegehren und Volksentscheid hat die Partei 39 000 Versammlungen und 72 Millionen Flugblätter verbreitet. Wie häufig steht die KPD. daneben da, wenn sie berichtet, daß sie zum Volksentscheid 3 Millionen Flugblätter verbreitet habe und der Kuzinsti-Ausschuß 110 Versammlungen und 51 000 Flugblätter verbreitet habe. Die Leistung der KPD. und dieses Ausschusses stehen in keinem Verhältnis zu ihren großen Worten.

Die Betriebe der Partei.

Ludwig berichtet weiter über die Betriebe der Partei und die Dachgesellschaft Konzentration. Die Partei besitzt insgesamt 144 juristische Firmen und zwar 104 Druckereien, 27 Verlage und 13 andere Firmen, die alle der Partei gehören. Die Partei besitzt 184 Tageszeitungen, darunter 53 Kopfsblätter, mit Ausnahme von 9 erscheinen alle Zeitungen in eigenen Druckereien. 7000 Personen werden in Betrieben der Partei beschäftigt, davon 3200 technische, 1000 kaufmännische, 500 redaktionelle. Der Umsatz der Betriebe betrug 1926 62,7 Millionen Mark. Die Einnahmen aus Abonnements betragen 18,5, aus Inseraten 18,3, Drucksachen 13,5 Millionen, von den Ausgaben entfallen auf Löhne und Gehälter 32 Millionen, Papier, Farben und anderen Ausgaben 40,7 Millionen. An Steuern haben die Betriebe 2,3 Millionen gezahlt, der buchmäßige Ertrag sämtlicher Geschäfte ergab 1,4 Millionen, also nur die Hälfte des Vorjahres. Die bilanzmäßige Aufstellung des Vermögensbestandes ergab 42 Millionen und 16 Millionen an Hypotheken und Darlehen. Das Gesamtvermögen der Partei beläuft sich auf 26 Millionen Reichsmark, an den Darlehen ist der Parteivorstand selbst mit 4 Millionen beteiligt. Der Redner weist weiter auf die Anträge hin, die zum Vorstandsbericht vorliegen. Ludwig erwähnt dabei insbesondere, daß nach § 28 Nr. 5 des Statuts seit dem Heidelberger Parteitag insgesamt 29 Parteimitglieder ausgeschlossen worden sind. In einer einzigen Sitzung schied die KPD. mehr Mitglieder aus. (Heiterkeit.) Mit großer Lebhaftigkeit bekämpft Ludwig dann den Leipziger Antrag, die Umlage der Parteigeschäfte für den Parteivorstand abzuschaffen. Der Parteivorstand habe in den letzten zwei Jahren für Sanierungen von Parteigeschäften 637 000 Mark und für den Ausbau von Parteigeschäften 930 000 Mark hergegeben. Allerdings werde dabei sehr kaufmännisch verfahren. Es heißt nicht wie früher „Mit Parteigras“, sondern „Mit Jinsfuß“. Aber ohne diese Umlage würden diese Leistungen nicht möglich sein. Neue Druckereien seien in dieser Zeit in Landsberg a. d. W., Frankfurt a. d. Oder, Finkenwalde und Ebing gegründet worden. Der Redner schließt mit der Hoffnung auf noch bessere Ergebnisse im nächsten Berichtsjahr. Hierauf wird die weitere Verhandlung auf die Nachmittags-Sitzung vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Die Sitzung wird eingeleitet durch einen Bericht über die Kulturaufgaben der Partei von

Heinrich Schulz.

Inzwischen ist der Sozialistische Kulturbund geschaffen worden. Er ist keine neue selbständige Organisation in der Partei, sondern eine Art Dachorganisation, eine Arbeitergemeinschaft der maßgebenden Spitzenverbände mit vorzugsweise kulturellen Aufgaben. Den Kern des Sozialistischen Kulturbundes bilden folgende Organisationen, von denen zwei bereits 20 Jahre und länger bestehen: der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, früher Zentral-Bildungsausschuß, der Jahrgangsgemäß die Führung hat, und zweitens die Sozialistische Arbeiterjugend. Dazu kommen die Arbeiterwohlfahrt, die sozialistische Lehrerbewegung und die Kinderfreunde Bewegung. Dieser engere Kern steht in ständiger Verbindung mit anderen großen Organisationen, den Gewerkschaften, den Arbeiterfängern, den Arbeiterportieren und der Volksbühnenbewegung. Außerdem hält er Fühlung mit mannigfachen Kulturorganisationen anderer Art. Eine Erweiterung des Bundes über diese Form hinaus haben wir bisher abgelehnt. Wir möchten vermeiden, daß eine neue große Organisation, auf Mehrheitsbeschlüssen aufgebaut, entsteht. Das würde die Kulturbewegung zwar verbreitern, aber auch wohl verwässern. Die Hauptaufgabe muß sein eine Verinnerlichung und Vertiefung, die Schaffung eines sozialistischen Kulturbewußtseins. (Sehr wahr!) Die Arbeit verrichte im wesentlichen der engere Kulturausschuß in Berlin, der nach Bedarf zu Sitzungen zusammentritt.

Die Abwehr der Kulturreaktion.

Im letzten Jahre haben wir mehr negativ eine Abwehrarbeit zu leisten gehabt gegenüber den Besetzen zur Bekämpfung von Schmutz und Schund und zur Bewahrung der Jugend bei lustbarkeiten. Beide Geseh konnten leider nicht verhindert werden. Aber der Kulturbund hat doch eine klare Protestbewegung hervorgerufen, der sich auch eine Reihe anderer freilichlicher Verbände literarischer und künstlerischer Art anschlossen. Eine ähnliche Protestbewegung wird gegen die bevorstehenden Reichsschulgesetze herbeizuführen sein. In die eigenen politischen Erwägungen der Partei wird der Kulturbund dann nicht eingreifen. Zu seinen positiven Aufgaben gehört die Beschäftigung mit dem Film und vor allem mit dem Rundfunk. Durch den Rundfunk kann eine ungleiche Wirkung auf die breiten Kreise ausgeübt werden. Die Sender und die Überwachungs-ausschüsse müssen in unserem Sinne beeinflußt werden. Die erste große Tagung des Kulturbundes hat im vergangenen Herbst in Blankenburg stattgefunden. In den späteren Tagungen soll jedesmal eine bestimmte wichtige Frage behandelt werden. Die Gesamtarbeit des Sozialistischen Kulturbundes steht selbstverständlich dem Parteitag zur Prüfung offen.

Dem Antrag über die Errichtung einer neuen Reichsparteischule steht der Vorstand und Ausschuh der Partei an sich sympathisch gegenüber. Eine eisdaldige Verwirklichung ist aber aus materiellen Gründen nicht möglich. Er soll dem Parteivorstand und Ausschuh überwiesen werden. Das soll kein Begräbnis erster Klasse sein.

Partei und Jugend.

Dann noch ein Wort zur Erhöhung der Grenze für die Jugendlichen vom 18. auf das 20. Lebensjahr. Die Jugendlichen vom 14. bis 17. Lebensjahr sind innerlich ganz anders eingestellt als die Jugendlichen vom 18. bis 20. Lebensjahr. Diesen steht näher als Spiel und Tanz die geistige Einnung, die Suche nach der Persönlichkeit und auch nach der politischen Ueberzeugung. Diese Aufgabe kann die Jugendbewegung besser erfüllen, wenn sie drei Jahre dazu Zeit hat. Jetzt war eigentlich eine Lücke in der Zeit vom 18. bis 20. Jahre vorhanden. Selbstverständlich bleibt die Verpflichtung bestehen, doch mit 18 Jahren jeder, der innerlich zur Partei gehört, ihr beitrifft. Die Partei wird andererseits die Verpflichtung haben, besondere Einrichtungen mit Jugendlichen zu schaffen, die die Seele der Jugend ergreifen und, was die Hauptsache ist, diese mit Begeisterung erfüllen. (Sehr wahr!) Das Weltanschauliche, das Begeisternde aus dem Sozialismus muß diesen jungen Leuten gegenüber in den Vordergrund gestellt werden. Das Jugendproblem ist das Problem der Zeit und vor allem für eine Partei, die in erster Linie eine Partei der Zukunft sein will. (Lebhafte Beifall.)

Den Bericht über die Frauenbewegung erstattete

Marie Fuchsz:

Das Bild der Frauenbewegung ist nicht leicht zu fassen, weil mir keine besonderen Frauenorganisationen haben. Aber bei dem guten Willen des gesamten Organisationsapparats und genügender Aktivität der Frauen müße es möglich sein, sowohl zu einem genauen wie zu einem lebendigen Bericht zu gelangen. Meinen Bericht in Heidelberg habe ich sehr kritisch gestalten müssen. In diesem Jahre kann ich optimistischer sprechen: die Bewegung innerhalb der Partei ist viel lebendiger geworden. Die Veranstaltungen zur Gewinnung und Schulung der Frauen waren so vielseitig wie niemals zuvor. Das Geheimnis der ganzen Organisationsarbeit liegt auch darin, die Sympathisierenden zu Mitgliedern zu machen, die Mitglieder zu Mitarbeiterinnen zu erziehen, jeden einzelnen mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß er ein nützliches und notwendiges Glied der gesamten Partei ist. Dazu gehört auch, daß gemäß dem Statut die Frauen entsprechend ihres Anteils ihrer Mitgliedschaft bei allen Delegationen und Vertretungen berücksichtigt werden.

Die Arbeiterwohlfahrt

Ist in der gesamten Partei heute als unbedingt notwendig und häufig anerkannt. Sie hat einen großen Teil früher brach liegender Kräfte in den sozialen Dienst und damit in den Dienst der Partei gestellt. Die bessere internationale Verbindung hat es uns ermöglicht, wichtige Bergleichsmächte für den Stand unserer Bewegung zu gewinnen. Es haben die Frauen unter den Parteimitgliedern in Dänemark 32 Proz. der Gesamtzahl, in Österreich 29,7 Proz. dann geht es herunter über die Tschechoslowakei, Belgien, Finnland und Ungarn zu Deutschland mit 17,4 Proz. Diese Zahlen beweisen, daß wir alles daran setzen müssen,

die Zahl der organisierten Frauen noch wesentlich zu steigern.

Gerade die deutsche Sozialdemokratie, die den Frauen ihre politischen Rechte gebracht hat, muß auch dafür sorgen, daß die Frauen zu ihr kommen. Insbesondere dürfen wir keines der Mittel vernachlässigen, um an die jungen berufstätigen Frauen in den Warenhäusern, Fabriken und Kontoren heranzukommen, die Töchter des Proletariats sind; denn unsere Arbeiterjugend ist leider noch weit davon entfernt, das Proletariat in der Gesamtheit zu umfassen. Deshalb sollten die Parteigenossen, nicht weil sie glauben, etwas mehr vom Klassenbewußtsein oder Marxismus zu verstehen, über Frauen-Festreden oder Frauen-Weltanschauungsbände die Nase rümpfen, selbst wenn es einmal in irgendeiner Frauenveranstaltung ein wenig wie beim Kaffeeklatsch zugeht. Auf manchem Bierabend geht es nicht besser zu. (Heiterkeit.) Viele Wege führen nach Rom, wenn man nur eine verständige Führung hat. Wir müssen vor allem erst einmal an die Menschen herankommen. Nachher werden wir es schon verstehen, sie weiter zu führen und sie zu wirklichen Sozialdemokratinnen zu machen. (Lebhafte Beifall.)

Den

Bericht der Kontrollkommission.

erstattet Brühne-Frankfurt a. M. Er berichtet ausführlich über eine Beschwerde des Genossen Castan, Dresden, dessen Ausschluß aus der Partei ein Schiedsgericht aufgehoben hat. Dieses Schiedsgericht hat der Parteivorstand als nicht ordnungsmäßig besetzt verworfen, weil der Beisitzer Buhl-Beipzig der Partei nicht mehr angehört hat. Die dagegen eingelegte Beschwerde des Genossen Castan hat die Kontrollkommission einstimmig abgewiesen. Im übrigen beantragt Brühne die Entlastung des Parteivorstandes.

Hierauf begann die Diskussion über den Vorstandsbericht, über die wir im Hauptblatt berichten.

Die Strafgesetz- und Strafvollzugsreform.

Forderungen der sozialdemokratischen Juristensatzung.

L. R. Kiel, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In Verbindung mit dem Parteitag fand heute im Gewerkschaftshaus die vierte Konferenz der sozialdemokratischen Juristen statt. Neben Genossen Dittmann und Genossen Moses als Vertreter des deutschen Parteivorstandes wohnten der Tagung auch die Genossen Kenner und Eister im Auftrage des österreichischen Parteivorstandes bei. Genosse Kurt Rosenfeld begrüßte bei der Eröffnung besonders herzlich die beiden österreichischen Genossen; er erinnerte u. a. an das heute noch aktuelle Referat des Genossen Haase auf dem Mannheimer Parteitag; seitdem seien 21 Jahre verstrichen, doch sei das, was Haase damals in Erwartung der Strafrechtsreform gesagt habe, noch heute zutreffend.

Zum Thema Strafrechtsreform hatten die Genossen Obernicker, Berlin und Eister, Wien das Referat übernommen. Genosse Obernicker stellte fest, daß der eben erst erschienene Reichsratsentwurf den Regierungsentwurf noch verschlechtert habe. Die Kardinalfrage des Entwurfs, mit der er — nach Ausspruch Prof. Kahls — stehe und falle, sei die Frage des freien richterlichen Ermessens. Diese könne aber unter heutigen Umständen bei dem Richteramt, wie es augenblicklich ist, zur

Gefahr für die Rechtssicherheit

werden. Die Fehlurteile sowohl in politischen als auch in Kriminalprozessen finden ihre Erklärung in erster Linie in der einseitigen Zustelle der Richter. Diese wird aber bei der jungen Generation der Richter nur noch einseitiger werden. So stellt der Entwurf die Richter, denen er eine so ungeheure Macht in

die Hand gibt, vor eine unmögliche Aufgabe, wenn er von der Voraussetzung ausgeht, sie würden in den Umständen sein, dem rechts-verstehenden Menschen gerecht zu werden.

Genosse Eister erklärte, der Entwurf sei, so sehr eine Rechtsangleichung von den österreichischen Genossen herbeigeführt werde, bei ihnen von vornherein auf ein instinktives Mißtrauen gestoßen. Der politische Grund für dieses Mißtrauen finde seine Erklärung in der eigenartigen Lage der österreichischen Sozialdemokratie. Sie stehe, wie dies die letzten Wahlen gezeigt haben, unmittelbar im Kampf um die politische Macht; und da sie nicht geneigt, ein Strafgesetzbuch mit schaffen zu helfen, das dem Bürgertum

ein Machsinstrument gegen die Arbeiterchaft

in die Hand geben würde. Es stehen unter den heutigen Verhältnissen der Strafrechtsangleichung auch andere schwerwiegende Hindernisse im Wege: So besitze Österreich kein Gesetz zum Schutze der Republik und brauche auch keines; die politischen und Presseverhältnisse in Österreich werden von Schwurgerichten abgeurteilt; die Todesstrafe ist hier endgültig abgeschafft. Im Bürgertum wäre allerdings die politische Gehegung des Entwurfs wohl erwünscht, da sie in ihr ein Mittel zur Bekämpfung des „roten Terrors“ finden würde. Die österreichische Sozialdemokratie ziehe es unter diesen Umständen vor, durch einzelne Strafgesetznovellen Verbesserungen des herrschenden Strafgesetzbuches zu erstreben und verzichte bis auf weiteres auf die Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches. Für sie würde die Zeit dafür erst gekommen sein, wenn es ihr gelungen sein wird, eine neue Generation von Richtern heranzubilden. Vielleicht wäre es auch für die deutsche Sozialdemokratie ratsam, sofern dies möglich, mit der Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches zu warten.

Die Entschlebung.

Ihren Niederschlag fanden beide Referate in einer einstimmig angenommenen Resolution, die dem Parteitag zur Beschlußfassung vorliegt. Einleitend begrüßt die Resolution den Abschluß der vorbereitenden Arbeiten zur Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches.

Die Sozialdemokratische Partei erkennt an, daß dieser Entwurf vom rein juristischen Standpunkt aus gegenüber dem jetzigen Strafgesetz erhebliche Fortschritte bringt.

Die Sozialdemokratische Partei muß aber feststellen, daß im Klassenstaat Wesen und Inhalt der Strafnormen durch die Interessen der wirtschaftlich und politisch herrschenden Klasse entscheidend bestimmt wird, und daß daher der Strafgesetzmäßig diejenige Rechtsmaterie, welche die Existenz- und Entwicklungsgrundlage des Proletariats bilden, Freiheit, Arbeitskraft und Gesundheit, nicht hinreichend schützt. Die Ursachen des Verbrechertums sind im wesentlichen in den sozialen Verhältnissen begründet, deshalb ist die wirksamste Bekämpfung der Verbrechen eine vorbeugende Sozialpolitik, ein der Besserung und Stärkung der Arbeitsfähigkeit dienender Strafvollzug, eine ausgebildete soziale Gerichtshilfe und Entlassenhilfe und ein Strafgesetz, das der Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse, aus denen die Tat erwachsen ist, und der Persönlichkeit des Täters Raum läßt.

Die Sozialdemokratie begrüßt daher an sich ein Strafgesetz, welches die Berücksichtigung der die Straftat verursachenden Umstände zuläßt. Angesichts der in Deutschland herrschenden Erscheinungen der Klassen- und Parteijustiz besteht aber die Gefahr, daß das freie richterliche Ermessen zur richterlichen Willkür wird, besonders mangels ausreichender Rechtsgarantien in Gerichtsverfassung und Strafverfahren, die Zuliz noch mehr als bisher zum Kampfmittel der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse wird.

Das Vertrauen der deutschen Arbeiterchaft zu der Gesamtheit der deutschen Richter ist zu sehr erschüttert,

als daß die Sozialdemokratische Partei der vom Entwurf vorgeschlagenen Erweiterung des richterlichen Ermessens zustimmen könnte.

Im einzelnen fordert die Sozialdemokratische Partei zum Strafgesetzentwurf vor allem

1. Abschaffung der Todesstrafe.
2. Scharfe Präzisierung der Strafvorschriften.
3. Beseitigung des jetzigen Mißbrauchs des Hoch- und Landesverratsparagrafen.
4. Abschaffung aller Ehrenstrafen.
5. Rechtsgarantien gegen die willkürliche Anordnung der Sicherheitsverwahrung. Zeitliche Begrenzung der Sicherheitsverwahrung.
6. Fortfall der Erfahrelbeitsstrafe bei unverschuldetem Unvermögen zur Zahlung einer Geldstrafe.
7. Schutz der Arbeiterbewegung vor Strafbestimmungen, die den Klassenkampf des Proletariats hindern.
8. Verstärkter Schutz der Arbeitskraft gegen Ausbeutung.
9. Die Abschaffung der jetzigen Bestrafung wegen Ehebruchs und widernatürlichen Verkehrs.

Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird erwartet, daß sie die Forderungen der Sozialdemokratischen Partei bei der Beratung des Strafgesetzentwurfs zur Geltung bringt und ihre Zustimmung zum Gesetz davon abhängig macht, daß es ihr gelingt, seine gründliche Umgestaltung im Sinne der sozialdemokratischen Forderungen durchzuführen und gleichzeitig Schwurgerichte wieder herzustellen, ihre Zuständigkeit auf politische Verbrechen auszudehnen, Berufung gegen alle Urteile einzuführen, das Wiederannahmeverfahren zu erleichtern und die Rechte des Angeklagten und des Verteidigers wesentlich zu erweitern.

Zur Frage der Strafvollzugsreform sprach Genosse Dr. Siegfried Rosenfeld. Der Entwurf bedeute einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung der Erziehungsgedanken und stelle im wesentlichen mehr ein Programm als ein Gesetz vor. In mehr als einer Hinsicht weise der Entwurf auch erhebliche Mängel auf. So dürfe die Unterscheidung zwischen Gefängnis und Zuchthaus nicht aufrecht erhalten werden; die Gefangenenfürsorge sei viel zu wenig betont, der wertvolle Anlaß von Gefängnisbeiträgen sei beseitigt; die Kostenziehung als Disziplinstrafe müsse aufgegeben, die Machtbefugnisse des Vorstehers müssen mehr eingeeengt werden durch kollegiale Entscheidung und dergleichen mehr. Das Leben nach der Rückkehr in die Freiheit dürfe den Straftätern selbst durch Staats- und Kommunalinstitutionen nicht dadurch erschwert werden, daß Vorbestrafte keine Anstellung finden. Alles in allem sei die Schuld des Strafvollzugs an der Kriminalität nicht hoch genug zu veranschlagen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, mit Menschlichkeit und Wohlwollen umzugehen; unsere Zuchthäuser sind heute immer noch Häuser der Unzucht. Auf Antrag des Genossen Rosenfeld wurde darauf von der Konferenz folgende Resolution angenommen:

„Unter Vorbehalt einer späteren Stellungnahme zu dem aus den künftigen Reichstagsbestrebungen hervorgehenden Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes fordert die Konferenz die Vertreter der SPD. auf, unverzüglich die Reform des Strafvollzugs dadurch vorzubereiten, daß die Beamten der Strafanstalten für ihre Aufgabe in Fachschulen zweckmäßig ausgebildet und unverzüglich Mittel für die Anstellung von Fürsorgern an den Strafanstalten in ausreichender Zahl und für die Entlassenenfürsorge bereitgestellt werden. Nach einer regen Diskussion schloß Genosse Dr. Kurt Rosenfeld die gut besuchte Konferenz.

Die Wirtschaftsnot in China.

Die Hintergründe der Revolution. — Soviel Jahre, soviel Hungersnöte.

Auf der grandiosen Bühne der chinesischen Revolution, deren Breite und Tiefe wir gar nicht voll zu ermessen imstande sind, treten immer neue Wendungen und Bewältigungen auf. Die besten Kenner verjagen, wenn sie es unternehmen wollen, die Chancen der verschiedenen, einander bekämpfenden Kräfte genau abzuschätzen und den Gang der kommenden Entwicklung vorauszusagen. Eins bleibt aber trotz aller Verwickeltheit der Lage sicher: zu den früheren Zuständen wird China nicht mehr zurückkehren, weder was seine innere Struktur, noch was sein Verhältnis zu den fremden Mächten anlangt.

Die Demagogie entthronter Ausbeuter.

Das fremde, in erster Linie das englische Kapital, das schon seit Jahrzehnten in China arbeitet, befürchtet von der Weiterentwicklung der chinesischen Revolution für sich selbst verhängnisvolle Folgen. Die kapitalistischen Gruppen, die in China eine Monopolstellung innehaben, sehen ihre Position erschüttert und rufen verzweifelt nach brutalster Intervention, nach dem Schwung ihrer Interessen mit aller militärischen Macht der Mutterländer. Sie suchen die Situation so darzustellen, als ob China nach dem Siege der nationalen Revolution als Markt für die Weltwirtschaft verloren gehen würde. Die ausländischen Unternehmungen, die heute in China arbeiten, würden ruiniert oder aus dem Lande gejagt, die Schulden nicht bezahlt, die ausländischen Waren würden nicht mehr gekauft werden, die europäische, amerikanische und japanische Industrie würde ihren Absatz verlieren, und neue Arbeitslosigkeit in den Industrieländern sei die Folge. Welch schreckliches Bild! Muß nicht der bloße Selbsterhaltungstrieb den Zusammenstoß aller Klassen in allen kapitalistischen Ländern zur Abwehr dieser Katastrophe bewirken? Das ist es, was diejenigen wünschen, die als erste nach China gekommen sind, dort eine privilegierte Stellung genossen und von dieser Stellung enorm profitiert haben. Ihre Enttäuschung ist begründlich. Die Zeit des tatsächlichen Monopols, der völlig unbeschränkten Ausbeutung und märchenhaften Gewinne, ist für sie vorbei.

Anderer und wichtigere Zeugnisse.

Selbst in England kommt man immer mehr zu der Erkenntnis, daß die chinesische Revolution zwar für einzelne kapitalistische Unternehmungen große Verluste mit sich bringt, daß sie aber andererseits die Erweiterung des Beschäftigungsfeldes des ausländischen Kapitals und die Steigerung der Absatzmöglichkeiten für die europäische bzw. amerikanische und japanische Industrie vorjagt. Der Kampf zwischen den verschiedenen Richtungen um die Orientierung der englischen Politik in China ist in bedeutendem Maße durch diesen Interessengegensatz bestimmt. Diejenigen, die früher Geld in China investiert haben, in erster Linie die englischen Kaufleute und englischen Banken in China, werden allerdings auf ihre 50 oder 100prozentigen Dividenden verzichten müssen; manche Zweige der Exportindustrie, insbesondere der Textilindustrie, die durch das Niederkonkurrieren der einheimischen chinesischen Industrie den chinesischen Markt beherrschten, verlieren ihren Absatz schon jetzt und werden ihn noch weiter verlieren. Demgegenüber ist eine Nachfrage nach neuen und viel größeren Kapitaleinlagen zu erwarten, womit auch eine gewaltige Zunahme des Außenhandels mit China zu erwarten ist. Auf eine Formel gebracht, kann man behaupten: Die Erschließung Chinas für die Weltwirtschaft wird erst die Folge der chinesischen Revolution sein. Indem wir diese These aufstellen, gehen wir von den Voraussetzungen aus, daß erstens das neue China gewaltige Kapitaleinlagen benötigen wird, und daß zweitens dieser Kapitalbedarf durch die innere Kapitalbildung nur zum Teil, sogar bei weitem nur zum geringsten Teil, gedeckt werden kann. Prüfen wir diese Voraussetzungen zunächst nach.

Nicht mehr Eisenbahnen als Desterreich.

China ist, wie es heute existiert, alles andere als eine wirtschaftliche Einheit, ein System wirtschaftlicher Wechselbeziehungen. In einem solchen System fehlt ihm die notwendige Verbundenheit der einzelnen Landestteile. Das Meer, die großen Land- und besonders Wasserstraßen im Innern des Landes, in den letzten Jahrzehnten die wenigen Eisenbahnen, erschließen nur einen Bruchteil dieses Riesentraumes mit seiner Bevölkerung von Hunderten von Millionen. Was die Eisenbahnen anlangt, so mögen einige Vergleiche die Lage veranschaulichen. China hat ein Eisenbahnnetz, dessen Gesamtlänge etwa ebenso groß ist wie in Rumänien und nur ein Fünftel der Länge des deutschen Eisenbahnnetzes ausmacht. Die chinesischen Eisenbahnen haben insgesamt um ein Viertel weniger Lokomotiven, als die Eisenbahnen des kleinen Desterreich der Nachkriegszeit, und ungefähr die gleiche Zahl von Güterwagen wie Desterreich. Dem Gewicht nach werden in China ungefähr ebenso viel Güter befördert, wie in Spanien, und nur ein Zehntel dessen, was in Deutschland befördert wird. In sehr großen Teilen von China bleibt der Transport auf dem Rücken von Lastträgern das einzige Beförderungsmittel. Wenn der Handelsverkehr durch die inneren Schwierigkeiten belastet und durch das Vorhandensein vieler verschiedener Geldwährungen erschwert wird, so ist das zwar von nicht geringer, jedoch nicht von so entscheidender Bedeutung wie die Tatsache, daß in großen Teilen des Landes praktisch keine Verkehrsmittel vorhanden sind. Der Führer der chinesischen nationalen Bewegung, Sunjatsen, hat ein umfangreiches Programm für die Entwicklung Chinas aufgestellt, worin die einzelnen Aufgaben konkret ausgearbeitet sind. Der Ausbau des Verkehrsnetzes nimmt in diesem Programm die erste Stelle ein, und zwar vor allem der Bau von 160 000 Kilometern neuer Eisenbahnen; dann folgen die Errichtung von über 1,5 Millionen Kilometern Landstraßen, die Verbesserung der vorhandenen und der Bau von neuen Kanälen, die Regulierung der Ströme, die Erweiterung und Neuerrichtung von Häfen usw. Wenn wir den Hauptposten dieses Programms, den Eisenbahnbau, näher betrachten und die Baukosten der schon vorhandenen chinesischen Eisenbahnen berücksichtigen, so finden wir, daß China zu diesem Zweck die Reinvestition von ungefähr 30 Milliarden Mark benötigen würde. Es ist natürlich gar nicht daran zu denken, daß das gesamte Programm schon in der nächsten Zukunft durchgeführt werden könnte. Aber bereits die ersten Schritte zu seiner Durchführung sind unmöglich, ohne daß China aus dem Ausland Kapitaleinlagen im Betrag von mehreren Milliarden erhält. Es versteht sich von selbst, daß dieser Zustrom von Kapitalien notwendig die Form einer gewaltigen Einfuhr annehmen muß.

Die Volksnot zwingt zur Auffrischung.

Besteht nun aber wirklich die Notwendigkeit einer solchen Entwicklung für China? Muß man nicht vielmehr annehmen, daß die Isoliertheit der verschiedenen Landestteile weiter bestehen bleiben, daß sie nur sehr langsam und allmählich, und nur mit eigenen Mitteln beseitigt werden wird? Diese Vorstellung der künftigen Entwicklung findet man bei manchen Ideologen der chinesischen nationalen Bewegung, während andere — unseres Erachtens mit vollem Recht — den Zwang zur wirtschaftlichen Erschließung und zur Industrialisierung in raschem Tempo anerkennen. Dieser Zwang ergibt sich schon aus der Tatsache, daß in China eine gewaltige soziale Revolution im Gange ist, die bereits weit über die Grenzen der Städte und der für einen regen Handelsverkehr erschlossenen Peripherien hinaus auf das Innere des Landes übergegriffen hat. China: das Land der Hungersnot! — so betitelt W. H. Mallory, Sekretär der amerikanischen Kommission, die während der letzten Hungerkatastrophe in China tätig

war, sein neu erschienenes Buch. Diese Bezeichnung ist völlig berechtigt. Eine wissenschaftliche Gesellschaft in Kanking hat nach den chinesischen Annalen für den Zeitraum vom Jahre 108 v. Chr. bis 1911 nicht weniger als 1828 Fälle von Hungersnot in China festgestellt. Fast in jedem Jahre wird das eine oder andere Gebiet von Hungersnot heimgesucht. Selbst wenn in anderen Gebieten Ueberschüsse vorhanden wären, ist es weder möglich, sie zu transportieren, noch besitzt die hungernde Bevölkerung die Mittel, sie zu kaufen.

Was dies schon seit Jahrhunderten, ja Jahrtausenden so, so ist während der letzten Generationen die Lage völlig unerträglich geworden infolge der zunehmenden Uebersättigung der ländlichen Bezirke, welche den weitaus größten Teil des Landes ausmachen. Die Hungersnot wurde immer mehr zu einem Dauerzustand. Man hat berechnet, daß eine Bauernwirtschaft in den nördlichen Provinzen, um das Existenzminimum für eine fünfköpfige Familie zu sichern, etwa 4,7 Acker haben müßte; 55 Proz. der Bauernwirtschaften haben aber nur 1½ oder noch weniger Acker, während viele Familien aus mehr als fünf Köpfen bestehen! Wenn jetzt nach Jahrhunderten der Geduld die Verzweiflung der hungernden Massen zum Ausbruch kommt, so wird die vollkommene Umwälzung der Verhältnisse zu einer Lebensfrage für das Land. Die Agrarrevolution in der Form der Neuverteilung des Bodens wird nicht entfernt ausreichen, um das Gesamtproblem zu lösen. Es gibt keinen Ausweg ohne eine gründliche Umgestaltung der Landwirtschaft, ohne innere Kolonisation größten Umfangs (der Boden dazu ist vorhanden), ohne die Schaffung der Beschäftigungsmöglichkeit für die überflüssige Bevölkerung — d. h. auch nicht ohne den Ausbau des Verkehrswesens und ohne Industrialisierung. Eine Spezialuntersuchung hat gezeigt, daß in der Zeit von September 1924 bis Dezember 1925 in Nordchina Waren im Werte von mehr als 1,5 Milliarden Mark für den Markt verloren gingen, weil man sie nicht transportieren konnte; für diese Summe wäre es möglich, etwa 8000 Kilometer Eisenbahnlinien zu bauen.

Hilfe der europäischen Arbeiterschaft.

Wenn die Lage so ist, so könnte man mit Erstaunen fragen, warum die kapitalistischen Mächte die chinesische Revolution bekämpfen, anstatt sie begeistert zu fördern. Das liegt nicht nur daran, daß einzelne Interessenten durch die chinesische Revolution unmittelbare Verluste erleiden. Auch für die anderen Kapitalistengruppen, die sehr gern zu Nutznießern der chinesischen Revolution werden möchten, ist die Art, wie diese Revolution sich entwickelt, von allergrößter Bedeutung.

Chinas Erwachen ist das Erwachen der chinesischen Arbeiterschaft. Die Revolution „von oben“, wie dies in Japan der Fall war, läßt die Möglichkeit bestehen, die unerhöht niedrigen Löhne und die unumsehlich lange Arbeitszeit aufrecht zu erhalten, Zustände, die eine Arbeiterschaft, die im Verlauf der Revolution organisiert, an führender Stelle in den revolutionären Kämpfen steht, sich nicht gefallen läßt. So kann und muß die Arbeiterschaft der ganzen Welt die chinesische Revolution begrüßen und fördern, und auch verhindern helfen, daß die Kapitaljucht die politische Freiheit Chinas in neue Fesseln schlägt. In diesem doppelten Sinne dient die Arbeiterschaft der westlichen Erdhälfte auch dem wohlverstandenen Interesse der Weltwirtschaft, die durch Chinas Freiheit und die Entwicklung seiner Produktivkräfte zum eigenen Nutzen nur doppelt bereichert werden kann.

Neue Kurzstürze an der Börse.

Gerüchte über Kreditdrofflung.

Am gestrigen Montag fand wieder ein derartiger Kurseinbruch statt, daß die Börse von einem schwarzen Montag sprach. Daß die Reichsbank gegenüber ihrer Kundenschaft ein Zurückdrängen der Kredite vorgenommen habe, war zweifellos das entscheidende Moment bei den starken Verkäufen, die von allen Seiten vorgenommen wurden. Daneben wirkt sich aber auch sehr sehr jene Einschränkung der Börsenkredite aus, die die Privatbanken angeht, und offenbar in dem ersten Schreck über den schwarzen Freitag nur zu einem kleinen Teil durchgeführt hatten. Für das Ausmaß der Kursverluste gibt folgende Tabelle einige Anhaltspunkte:

	Kurse am 3. 5.	13. 5.	14. 5.	19. 5.	21. 5.	23. 5.
Deutsche Bank . . .	198	167	178	175	170	167
Berl. Hand.-Gef. . .	299	237	248,5	251,5	242	234
N. O. Farben . . .	356	280	300	306,5	294	285
Ber. Glanzstoffwerke .	751	500	547	618	672	652
A. G.	232	173	191	196	186,75	178,25
Böhm.	188	127	132	134,5	130	127
Harpen	266,5	198	211,5	215,5	204,50	204
Schullheiß-Papierh. .	348	387	415	444	415	401

Für einige der wichtigsten Werte sind selbst die tiefsten Kurse vom 13. Mai, dem Katastrophentag, unterschritten worden. Durchweg aber lagen die gestrigen Börsenkurse tiefer als am 14. Mai, dem Tag nach der Börsenpanik, der einige Erholung brachte. Die bis zum 19. Mai dann eingetretene Besserung ist vollständig wieder verloren gegangen.

Wie die Reichsbank mittel, hat sie keine allgemeine Einschränkung der Wechselkredite angeordnet. Nur in ganz wenigen Fällen soll eine schärfere Kontrolle verlangt worden sein, die aber nicht über das Normale hinausgehen.

Lohnerhöhung für polnische Hütten, Senkung der Eisenpreise in Frankreich. Der Julail will es, daß zwei Meldungen aus der internationalen Eisenwirtschaft zusammenreffen, die für die Verteilung der deutschen Eisenpolitik interessant sind. Während in Deutschland nach einer Erhöhung der Eisenpreise gerufen worden ist, und die Hoffnungen für diese Erhöhungen noch lange nicht aufgegeben sind, haben die französischen Eisenproduzenten ihre Inlandpreise erheblich gesenkt. Phosphorhaltiges Roheisen wird zum 1. Juni um nahezu 10 Proz. herabgesetzt, nachdem schon am 18. Mai für verschiedene Eisenorten Herabsetzungen von 1—3 Proz. erfolgt sind. Die Notwendigkeiten für die verarbeitende Industrie scheint man in Frankreich, das keineswegs so von der Englandkonjunktur profitiert hat wie Deutschland, richtiger einzuschätzen. Aber auch die Sozialpolitik der deutschen Eisenleute erfährt eine interessante Beleuchtung durch Vorgänge im Osten, nämlich in Polen. Dort werden die Löhne der Hüttenarbeiter um durchschnittlich 0,75 Zlotin, also recht beträchtlich, pro Kopf erhöht. Danach scheint man in Polen auch für die Bedeutung der Massenaufrüstung einen offeneren Blick zu haben. Vielleicht schauen unsere deutschen Eisenmagazine, die nur höhere Preise und niedrige Löhne lieben, gelegentlich doch einmal über die Grenzen.

Zusammenschluß im Großhandel. Der Vorstand des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels hat eine Verschmelzung mit den bisher im Reichsverband des deutschen Ein- und Ausführhandels organisierten Kaufmännertgruppen beschlossen. Beide Parteien versprechen sich von der Verschmelzung eine Stärkung der Stimmkraft gegenüber der Deffektivität und der Regierung, sowie Erparnis an Verwaltungskosten. Der Name des neuen Verbandes soll „Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels“ sein.

Eisschränke
auch gegen
12 Monats-Raten
Dravatz
Berlin W 66, Leipziger Straße 122/123



Jahresschau
DRESDEN
1. Juni - 30. September 1927

Begr. 1891
S unter Garantie gute und billige
tepp- und Daunendecken
sowie Metall-Bettstellen und Auflege-
matratzen lassen Sie belien ab Jahrlit
Bernhard Strohmannel, Berlin S 14, Wallstr. 72
(U-Bahn Inselbrücke). Filialen nur Spittelmarkt, Ecke
Geppstr. u. W. Ritzelsbuerger Platz 2, Ecke Krausenaustr.
Reparatur, fehr. Art. — 30000. Preisatoloo gratis.



Ein Würfel
Weber's Carlsbader kostet
noch nicht 2 Pfg. und gibt
Ihnen durch die bessere Ausnutzung der Kaffee-
bohne die Möglichkeit, 10 gr Bohnen auf
50 gr zu erübrigen und dafür eine bessere
Bohnenorte wie bisher — ohne Mehrkosten —
zu verwenden.

Der vollkräftige Geschmack des Getränkes,
sein warmer, goldbrauner Ton sind die
anerkannten Wirkungen von

„Weber's
Carlsbader“



OPHEL Größte Produktion der Welt!
FAHRRADER

Die „Palme.“

Von Wolph Hoffmann.

„So zu die Palme des Lebens errungen hast...“ heißt es irgendwo in der Bibel. Ich weiß nicht, ob es ein Bibelgläubiger war, der dem städtischen Obdach in Berlin, früher Friedenstraße jetzt Fröbelstraße, den Namen „Palme“ verliehen hat. Jedenfalls hat der, der ihm diesen Namen gab, es für einen Vorzug gehalten, dort Aufnahme zu finden.

Besonders in stürmischen Herbst- und Winter Nächten ist das für die Ärmsten der Armen ein Glück, wenn es ihnen gelingt, dort Einlaß zu finden.

In den zirka 20 Jahren, die ich als Stadtverordneter Mitglied des Obdachkuratoriums zu sein die Ehre hatte, habe ich bei den zu jeder Nachtzeit plötzlich mit meinem Kollegen Augustin und Dr. Alfred Bernstein vorgenommenen Revisionen Hunderte gefunden, die wegen Ueberfüllung auf den Korridoren gelagert wurden und noch froh waren, so wenigstens den Titel der „Palme“ errungen zu haben, da doppelt und dreifach so viel in den Tagen, wo strenge Kälte, Regen und Stürme unmöglich machten, in Winkeln unterzuschlüpfen, abgemiesen werden mußten.

Wie oft hörte man selbst im Kuratorium die Worte, die von wenig sozialem Verständnis zeugten und keine christliche Menschenliebe anzeigten: „Faulenzer und Nichtstauer würden damit großgezogen.“ Das geschah besonders, wenn die Sozialdemokraten Erweiterung des Obdachs und andere Zustände forderten.

Für Menschen, die alles entbehren müssen, haben die Paragraphen des Strafgesetzbuches allen Schrecken verloren, da diese Paragraphen mit etwas drohen, was ja diesen Menschen fehlt, nämlich Obdach und Nahrung. Schon allein aus dieser Ueberlegung heraus müßte alles getan werden, Obdachlosen nicht nur die Möglichkeit der Unterkunft zu geben, sondern auch alles vermieden werden, sie von Benutzung solcher Unterkünfte durch rigorose Behandlung, Hausordnung, Arbeitsbestimmungen usw. abzuschrecken.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß dieses Empfinden bei mir niekeinst besonders entwickelt war, weil ich, den Kinderjahren kaum entwachsen, am eigenen Leibe erfahren mußte, was es heißt, obdachlos zu werden.

Noch nicht 17 Jahre alt, wurde ich eines Vormittags 11 Uhr, hungrig, ohne einen Pfennig Geld, ohne zu wissen wohin, als geheilt aus dem Krankenhaus entlassen.

Da stand ich nun arbeits-, obdach- und völlig „subsistenzlos“ in den Straßen der Großstadt.

Am ersten Abend landete ich auf einer Bank im Friedrichshain. Ein anderer Obdachloser, der sich zu mir gesellte, lud mich ein, mitzugehen nach den Baracken der Obdachlosen in der Friedenstraße, wo in der Nähe der Ballhofstraße, gegenüber den Friedhöfen, die schwarz und düster dreinschauenden alten Podenbaracken standen. Ich verspürte keine Reizung dazu. Als uns, nachdem wir beide eingeschlossen waren, ein Vorwächter auflogte, trotzte ich mit. Vor dem Jaureingang angelangt, lockte mich mein Leidenskollege nochmals mit den ermunternden Worten: „Wenn du keine Angst vor Laufe hast, dann komm!“

Aber gerade bevor und vor den Gestalten, die da hineinmankten, sowie vor den düsteren Baracken hatte ich Angst und blieb draußen.

Die ganze Nacht wanderte ich hungrig und frierend durch die Straßen Berlins. Als die Sonne ihre warmen Strahlen auch mir mitteilig zu Teil werden ließ, sah ich schlafend auf dem Grabhügel meiner Pflegemutter auf dem neuen Prenzlauer Friedhof.

Sehr lange muß ich geschlafen haben, als der Totengräber mich weckte und vom Friedhof weckte.

Nachmittags zwang mich der Hunger zum ersten Bettelversuch bei einem Bäckermeister in der Fehrbelliner Straße. Er wurde mit einer alten Schrippe gelohnt, zu der als Zubrot die Worte kamen: „Ein so junger Bursche sollte sich schämen zu betteln.“

Einige Häuser davon „vertraute“ ich im wahrsten Sinne des Wortes in einem Lärwege die alte Schrippe, bei der ich gewahr wurde, daß Tränen salzig sind und so wenigstens als Gewürz draushörbar sein können.

Die zweite Nacht verbrachte ich an dem zwischen dem alten Dom und der Brücke stehenden Maschinenhaus der Springbrunnen des Lustgartens, und zwar in dem mit Zinkblech ausgelegten kleinen Raum zwischen Maschinenhaus und Schornstein. Dort war es schön warm.

Am Potsdamer Bahnhof erhielt ich von einem Reisenden, dem ich half, einen Koffer zum Omnibus zu tragen, zehn Pfennige, die ich in vier Schrippen anlegte und so wenigstens an diesem Tage nicht zu betteln brauchte.

Die dritte Nacht — eine stürmische Regennacht — fand mich mit einem Leidensgefährten, den ich auf einer Bank in der Schönhauser Allee traf, unter der Eisenbahnbrücke der Ringbahn an der Pappelsee, wo wir zwischen den Mauerpfählen und Trägern wenigstens vor Regen geschützt waren.

Zwei „Kabinen“, wie mein Kollege die Nischen nannte, waren schon besetzt, in der dritten krochen wir unter.

Todmüde schlief ich sehr schnell ein. Früh klapperten meine Zähne und mein Schlafgenosse gab mir einige Anleitungen für „Münzputzen“. Er suchte bei mir das Verständnis für die „Warnungszinken“ zu wecken. Abends wollten wir uns zeitig in unserer gemeinschaftlichen Residenz treffen. Dann könnte man mal darüber reden, ob man nicht „irgendwo ein Ding drehen könnte“.

Wer will nun mit Sicherheit sagen, was aus mir geworden wäre, wenn nicht an diesem Tage mich ein Schulfreund getroffen hätte, der mich zu seinen Eltern mitnahm?

Ein armes, aber herzlich gutes Ehepaar mit sechs lebenden Kindern, von denen mein Schulkamerad der Älteste war. Die ganze Familie „baute“ Erstlingsstühle. Sie freiste ein ärmliches Dasein, teilte aber dennoch Untertommen und Nahrung mit mir.

Nach dem Mittagessen wird mancher begreifen, warum ich als Stadtverordneter von 1900 bis 1920 mich für das städtische Obdach besonders einsetzte.

Mein verstorbener Freund und Kollege Artur Stadthagen erzählte mir eines Tages, als ich dem Obdachkuratorium noch nicht angehörte, daß er eine unangenehme Sache mit der Palme gehabt habe.

Es sei von ihm in der Sitzung des Kuratoriums behauptet worden, daß es unter den Angestellten des städtischen Obdachs einige gäbe, die mit Gummischläuchen auf die Injosfen einschlugen, und daß gerade die Keullinge, die vielleicht das erste Mal dort erschienen, die Mißhandlungen über sich ergehen lassen müßten.

Stadttrat Ramroth als Vorsitzender hätte sofort die Sitzung aufgehoben, die Mitglieder wären nach dem Obdach gefahren. Dort sei alles durchsucht und Gummischläuche nicht gefunden, so daß er (Stadthagen), obwohl er von der Wahrheit überzeugt sei, die Behauptung habe zurücknehmen müssen. Er habe den Wahrheitsbeweis nicht führen können, da sein Gewährsmann wieder Stellung bei einer größeren Bank habe und natürlich nicht wünsche, daß man erfahre, er habe in der Palme geschäftigt.

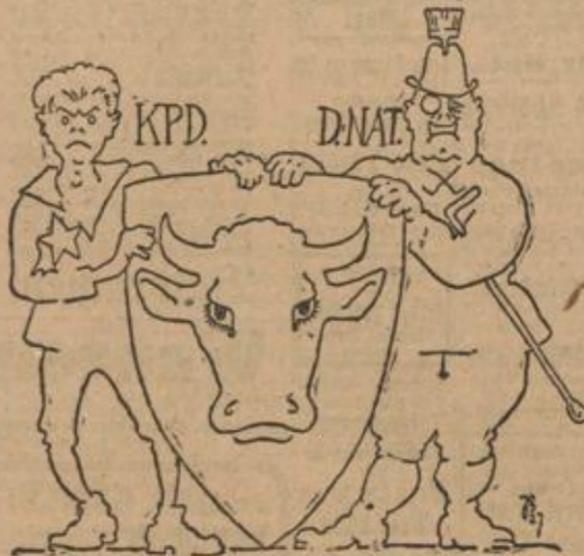
Lange ging mir die Sache durch den Kopf. Es reizte mich, die Wahrheit festzustellen. Schließlich reifte ein Plan, den ich Stadt-

hagen unterbreitete. Wegen der damit verbundenen Gefahren für mich äuerliche er Bedenken. Als ich nicht davon abzubringen war, riet er mir dringend, einen Zeugen mitzunehmen, und — darin hat er recht behalten.

Kurz entschlossen ging ich zu dem im gleichen Hause wohnenden Zigarrenhändler Genossen Christian Schulz und fragte ihn, ob er mitmachen wolle. Nur eine Bedingung müsse er unter allen Umständen erfüllen. Wenn mir geprügelt würden, dürfe er nicht widersprechen. Weil sonst schwer festzustellen wäre, wer angefangen hätte.

Genosse Schulz erklärte sich bereit. Es war unangenehmes Herbstwetter, als wir jeder mit einem Paket alter Sachen unter dem Arm nach der Marienburger Straße

Mecklenburger Wahl.



So dachten sie sich's und ...



fuhren, um uns bei einem dort wohnenden Genossen wnzuziehen. Ganz altes Arbeitszeug. Nicht Tage unraffert und mit Wasser geblättert, geschütteltes Haar besorgten auch bei mir völlige Unkenntlichkeit.

Als wir die Greifswalder Straße nach der Metamorphose entlanggingen, fragte uns gleich ein „duster Kunde“, dem man die Anhänglichkeit für Palme schon von weitem ansah, ob wir auch dorthin wollten. Auf meine Bejahung musterte er uns und forschte: „Ihr geht wohl das erste Mal hin?“

Meine Bestätigung brachte uns Verhaltensmaßregeln ein. „Reißt Euch nicht, wenn die ausgefordert werden vorzutreten, die das erste Mal da sind. Denn sonst werdet Ihr gleich am ersten Tage „verwarnt“ und dürft nur drei Tage kommen, da es von der Verwarnung an zählt.“

Ich gehe diesen Herbst schon das siebzehnte Mal hin. Komme aber immer zu anderer Zeit und tausche mit anderen Anfassern öfter die Rollen.

Unter allerlei Ratschlägen waren wir auf dem Hofe der Palme angelangt.

Lange mußten wir im niederrieselnden Regen dort stehen, ehe wir in den Aufnahmehaal eingelassen wurden. Hier standen auf den Längsseiten zusammengeklappte Holzprüchen. Jeder der Eingelassenen stellte sich vor eine solche.

Mit Genossen Schulz hatte ich verabredet, um alles zu vermeiden, was die Blide auf uns lenken könnte, wollten wir alles mitmachen, was die anderen täten.

Büßlich wurde die Tür aufgerissen. Eine mir als Hausdiener bezeichnete Gestalt brüllte herein: „Ausziehen zum Baden“ und schlug die Tür wieder zu.

Die Anfassern beanannten sich auszugehen und die Kleider auf die Prüische hinter sich zu legen.

Ein ganz alter, von den Jahren und dem Reifem krumm gegogener Mann schimpfte auf die „Schweineerei“ und Rücksichtslosigkeit, hier bei solchem Wetter und offenen Klappen (an der Dede waren sämtliche Klappenlöcher geöffnet) sich nadtend auszuziehen zu müssen. Er würde in dieser Wache schon das dritte Mal gebadet und wenn er was sage, käme er auf die „Wände“ (Arbeitshaus). Die Lumpen, die man noch auf dem Leibe habe, würden durch das ewige Ausbrennen (Desinfektion) ganz auseinanderfallen.

Allgemein schloß man sich dieser Meinung an. Stimmen wurden laut, unter diesen Umständen das Baden unter den kalten Duschsen überhaupt zu verweigern. (Schluß folgt.)

Rembrand per Elle. Kürzlich zahlte ein Londoner Kunsthändler auf einer Versteigerung 35 000 Gulden (59 500 M.), um in den Besitz des kleinsten Rembrand zu kommen. Das Bild ist 10 Zentimeter hoch und 7 Zentimeter breit. Der Quadratmeter wurde also mit fl. 500 (850 M.) bezahlt. Dies ist der höchste Preis, der je gezahlt worden ist. Das Männerbildnis aus der Sammlung der Ridder, welches dem Reichsmuseum in Amsterdam leihweise übergeben ist, würde auf diese Weise fl. 1 828 500 (3 108 450 M.) kosten; die Gemälde der Stahlmeister fl. 26 644 500 (45 295 650 M.) und „Die Nachtwache“ fl. 78 621 000 (133 655 700 M.).

Wie Karthago heute aussieht.

Von Robert Mich.

Eigentlich sieht man nicht mehr viel von dieser Asoalin Roms, und dennoch... Die meisten Ueberreste stammen ja von jenem zweiten Karthago, das die Römer auf den Trümmern der alten Phönizierstadt erbauten und das sich in der Zeit der Imperatoren zur drittgrößten Stadt des Weltreiches emporhob, dank der günstigen Mittelmeerlage und der fruchtbaren Umgebung. Bekanntlich lösten sich dann die Vandalen (Genseric), die Byzantiner und die Araber in der Herrschaft über Stadt und Land ab. Es läßt sich deshalb der Plan der alten Phönizierstadt auch nur in ganz großen Umrissen festlegen. Aber gerade das ist der Reiz für jeden Menschen von einiger Phantasie, diese menschenwimmelnde, einzigartige Großstadt der Phönizier im Geiste wieder auferstehen zu lassen. Welch eine Rahmung der Weltgeschichte bilden diese Trümmer! Das Kriegervolk schlug das Handelsvolk, der Stahl das Gold. Hätte Hannibal auf festeren Grund treten können, hätte er das kriegerische Volk statt seiner heimatlosen Söldner nach Italien geführt, welche einen anderen Lauf hätte die Weltgeschichte wohl genommen?!

Der „Salambó“ kennt, folgt hier gern den Spuren Haubert's, der mit glühendster, farbenschwangerer Einbildungskraft nach den vorhandenen Quellen diese Stadt wieder vor uns aufgebaut hat. Zwei Punkte stehen noch heute fest: die Byria, der Burghügel, die Akropolis der punischen Metropole, und der alte phönizische Hafen.

Auf diesem Hügel, auf dem sich jetzt die vom Kardinal Lavigneri erbaute Kathedrale erhebt, stand einst die Tempel des Moloch und des Sonnengottes Baal, aus deren Trümmern die Römer dem Aeskulap einen Heiltempel erbauten auf einem sechsstufigen Unterbau. Ein Stück Mauer — einige Steine und Inschriften: das ist alles, was übrig blieb. Man bracht kein Marius zu sein, um angesichts dieser Trümmer die Vergänglichkeit alles Menschenwerkes tief zu empfinden. Gleich geblieben ist nur der herrliche Blick auf die schneebedeckten Bergketten, die in weitgeschwungenem Halbkreis die Tunisbucht und den Bahiralee umrahmen. Denn das alte Karthago war auch in seiner Lage einzig. Das Meer im Osten und Süden, zwei Seen in Nord- und Südwesten schloßen es ein. Und nur eine schmale Landzunge mit schmaler Einfahrt trennt den Bahiralee, der eigentlich nur eine zweite, innere Bucht der großen Tunisbai ist, vom Meere.

Von links grüht Kap Karthago, um das so oft die Segel- und Rydergeleeren der Punierstadt schwebten, von ihren Kriegen- und Handelsfahrten heimkehrend; das dem ausfahrenden Hannibal den letzten Gruß zwinkte, den heimkehrenden Hamillar begrüßte.

Südlich von der Byria liegen noch die Reste des phönizischen Kriegs- und Handelshafens. Der innere, kreisrunde soll die Kriegaflotte, der äußere, elliptische die Handelsflotte beherbergt haben. Sicherlich waren im Altertum beide viel größer, natürlich auch mit dem Meer verbunden, während sie jetzt von ihm getrennt sind. Vermutlich — ich weiß wirklich nicht, ob die Herren Gelehrten diese private Ansicht teilen — waren diese Häfen nur so eine Art Vorhafen. Ich denke mir, daß die eigentliche Stammlotte in dem heute Bahiralee getauften, inneren Meerbecken Schut fand.

Was wir genau wissen, ist: daß zwischen diesen beiden äußeren Häfen die große Stadtmauer hindurchging. Von der Byria ostwärts umfaßte sie die Landungen und den Kriegshafen, den gewaltige Tore abschloßen. Haubert schildert diese Tore und die Mauer, außerhalb derer die ausländischen Soldater lagerten, mit anschaulicher Dichterkraft, und auch die drei engen, großen Straßen, die den beim Hafen gelegenen, menschenwimmelnden Marktplatz mit der nach der Stadtseite offenen Burg verbunden.

In meines Geistes Auge baute ich mir diese Straßen wieder auf, mit ihren fünf- und sechsstöckigen Häusern, den flachen Dächern, in den grellen Farben des Morgenlandes leuchtend, wie es die alten Autoren schildern. Ich sah sie belebt von der wimmelnden Schar der in Äsiens lange Gewänder gekleideten, mit Geschmeide bedeckten Punier und ihren Frauen und Sklaven, der Händler und Matrosen aller Länder des Mittelmeeres. Regulus und andere Besandte Roms sah ich zur Byria käreiten, Krieg oder Frieden in der Toga tragend. Hamillars Kärten (außerhalb der eigentlichen urbs) mit ihren Terrassen, Fischweidern und Springbrunnen, ihren Palmen- und Orangebäumen, suchte ich die Stätte, wo Hannibal zur Welt kam. Ich hörte und sah die aufständischen Söldner um die Stadt toben, sah dem Moloch blutige Kinderopfer bringen und die Priesterinnen der Tanis, der Liebesgöttin, um das Idol tanzen — dazwischen die halbe Salambó, des großen Hannibal Schwester, mit den Mandeläugen und zarten, goldberingten Fesseln. Und zuletzt den großen, den letzten Kampf! Stürmt da nicht Scipio Africanus mit seinen Legionen die enge Straße hinan, in der jedes der burgartigen Häuser zu einer Festung wird, von der selbst die Weiber, diese üppigen Äsiatenfrauen, in Verzweiflung und höchster Not Steine und Feuerbrände hinunterwälzen und sich zuletzt, in die Tiefe springend, den Tod geben? Dröhnen nicht die ehernen Trommeln und — —?

Nein — nur der einsönige Gesang eines arabischen Hirten, der seine Herde weidet, und das ferne Rattern und Brausen der „Elektrischen“, die von Tunis nach Goleita (Station Karthago) führt. Chidher, du ewig Junger — ich frage dich: „Was wird sein, kommt du noch abermals fünfhundert Jahren deselbigen Weges gefahren?“

Die gefährlichen Platänen. Schon der berühmteste Arzt des Altertums, Galenos, hatte vor dem Aufenthalt unter Platänen gewarnt, weil man sich dort leicht eine Erkrankung der Atmungsorgane zuziehen könnte. Die Warnung dieses Arztes ist durchaus berechtigt; denn Anfang Juni löst sich von der Unterseite der Platänenblätter ein feiner Haarbewuchs los, der vom Winde fortgetrieben wird. Gelangen die sternförmigen Härchen in die Atemwege oder in die Augen, so erzeugen sie mit ihren scharfen Spitzen kleine Verletzungen. Diese Reizungen führen zu einem höchst unangenehmen trockenen Husten, über dessen Herkunft man sich gerade wegen der wärmeren Jahreszeit oft im unklaren ist. Kinder, die unter Platänen spielen, bekommen nicht selten Augenentzündungen. Bienen weniger empfindlichen Menschen können zwar die Härchen, wenn sie nicht gerade in großer Zahl reizen, kaum etwas anhaben, empfindliche Personen mögen sich aber in der kritischen Zeit immerhin vor den Platänen hüten.

Johann von Repomul. Dieser Heilige, der auch der Schutzpatron Böhmens ist, gilt als der erste Wärtorer, der um des Beichtgeheimnisses willen das Leben verloren hat. Johann von Repomul, auch Johann von Pomul genannt, weil er in einem Ort mit Namen Pomul geboren sein soll, war nach den überlieferten Nachrichten Kanonikus von Prag, Magister der Theologie und Beichtvater der Königin Johanna, der Gattin des Königs Wenzel IV. von Böhmen. König Wenzel hatte gegen seine Gattin einen bestimmten Verdacht, und er glaubte, daß der Beichtvater der Königin davon unterrichtet sei, was die Königin hinter seinem, des Königs, Rücken treibe. Wenzel ließ nun Johann von Repomul kommen und eröffnete diesem, daß er alles offenbaren müsse, was die Königin gebichtet habe. Der Beichtvater weigerte sich, auch nur das geringste vom Beichtgeheimnis preiszugeben. Darauf ließ Wenzel Johann festnehmen, binden und von einer Brücke aus in die Moldau werfen, wo Johann ertrank. Das soll am 16. Mai 1383 geschehen sein, und dieser Maitag wurde dann auch von der Kirche als Gedächtnis für Johann von Repomul eingeleitet. Dessen Geschichte wird mit mancherlei Abweichungen dargestellt, doch bleibt der geschichtliche Hintergrund immer der gleiche.

* Betteln. ** Zeichen an den Türen von Polizeibeamten.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Vermögenserklärung für 1927

I. Zur Abgabe einer Erklärung über ihr gesamtes steuerpflichtiges Vermögen sind verpflichtet:

- alle natürlichen Personen (Deutsche und Nichtdeutsche), die im Besitz der unterzeichneten Finanzämter entweder ihren Wohnsitz haben oder sich im Reichsgebiet mehr als 6 Monate aufhalten, wenn sie bei Beginn des 1. Januar 1927 entweder ein steuerpflichtiges Einkommen (im- und ausländisches Vermögen) im Besitz von mehr als 5000 RM besaßen haben oder
- inländisches landwirtschaftliches, forstwirtschaftliches oder gärtnerisches Vermögen oder inländisches Gewerbevermögen besaßen haben oder
- inländisches Gewerbevermögen im Besitz von mehr als 5000 RM besaßen haben; die inländischen Gewerbevermögen sind im Besitz von mehr als 5000 RM besaßen haben; die inländischen Gewerbevermögen sind im Besitz von mehr als 5000 RM besaßen haben;
- inländisches Gewerbevermögen im Besitz von mehr als 5000 RM besaßen haben; die inländischen Gewerbevermögen sind im Besitz von mehr als 5000 RM besaßen haben;

II. Zur Abgabe einer Erklärung über das im Besitz der unterzeichneten Finanzämter gelegene landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Vermögen, Betriebsvermögen und Gewerbevermögen sind ohne Rücksicht auf den Wert dieses Vermögens verpflichtet:

- alle natürlichen Personen, die im Deutschen Reich weder ihren Wohnsitz haben noch sich mehr als sechs Monate aufhalten;
- alle Körperschaften, Personengesellschaften, Vermögensmassen, Gesellschaften und Anstalten, deren Sitz und Ort der Erteilung im Ausland liegen.

III. Die Erklärung ist einzureichen in den Fällen:

1. (natürliche Personen): bei dem Finanzamt des Wohnsitzes oder, wenn die Steuerpflicht durch inländischen Aufenthalt begründet ist, bei dem Finanzamt des Aufenthalts.
2. (Körperschaften usw.): bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk der Sitz oder der Ort der Erteilung sich befindet; jedoch ist für alle in Berlin an den zuständigen Finanzämtern, Personengesellschaften, Vermögensmassen, Gesellschaften, Anstalten, deren Sitz und Ort der Erteilung im Ausland liegen, im Besitz von mehr als 5000 RM oder darüber beträgt, das Zentralfinanzamt, Berlin C. 2, Lindenstraße 55/56, zuständig;
3. (Inländische Steuerpflichtige):
 - sofern es sich um natürliche Personen handelt, die in Berlin Grundvermögen haben und wohnhaft sind, beim Finanzamt Roßb.-Weg, Berlin C. 2, Lindenstraße 55/56,
 - sofern es sich um Gesellschaften usw. handelt, beim Zentralfinanzamt, Berlin C. 2, Lindenstraße 55/56, und c) die Veranlagung zur Vermögenssteuer für 1925 beim Finanzamt Roßb.-Weg, Berlin C. 2, Lindenstraße 55/56, erfolgt, ist bei diesem Amt - abweichend von obiger Regelung - auch die Vermögenserklärung für 1927 abzugeben.

Die Hinzufügung zur Abgabe einer Vermögenserklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Erklärung unter Verwendung des vorgefertigten Vorbruchs in der Zeit vom 1. Juni bis 30. Juni 1927 bei ihrem zuständigen Finanzamt einzureichen. Nachdruck für die Vermögenserklärung werden von den Finanzämtern die zu Berlin der Frist verlangt werden; sie können vom 25. Mai ab auch von dem zuständigen Finanzamt bezogen werden.

Die Vermögenserklärung ist schriftlich (zweckmäßigerweise eingeschrieben) einzureichen oder mündlich vor dem zuständigen Finanzamt abzugeben (vormittags 9 bis 1 Uhr).

Die Pflicht zur Abgabe einer Vermögenserklärung ist von Empfang des Vorbruchs nicht abhängig.

Die Abgabe der Vermögenserklärung bei dem zuständigen Finanzamt ist nicht erforderlich, sofern die unter A bezeichneten natürlichen Personen, Körperschaften, Personengesellschaften, Vermögensmassen, Gesellschaften und Anstalten die Vermögenserklärung bei einem anderen Finanzamt bereits abgegeben haben und dies dem zuständigen Finanzamt mitteilen.

Wie die Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung nicht eingehalten, so kann ein Zwangsbescheid bis zu 10 u. h. des zur Erhebung gelangenden Steuerbescheides festgesetzt werden. Die Abgabe der Vermögenserklärung kann durch Gerichtsurteil erzwungen werden. Wer aus Versehen oder Fahrlässigkeit unrichtige oder unvollständige Angaben über sein steuerpflichtiges Vermögen macht oder durch Nichtabgabe einer Erklärung steuerpflichtiges Vermögen verschweigt, legt sich schweren Strafen aus.

Berlin, den 24. Mai 1927.

Die Finanzämter im Bezirk des Landesfinanzamts Berlin.

Tatsachen beweisen!

VERSALE

das vollkommene Waschmittel wurde vom Reichsverband Deutscher Hausfrauen-Vereine Leipzig geprüft und mit dem  RDH Sonnenstempel ausgezeichnet. Der beste Beweis für die Güte und Preiswürdigkeit.



Nach beachtet Jeder

und mit Recht, denn hier handelt es sich um Jedermanns Wohlbefinden. Woher die vielen Platitiven, Schwelgerei, Leichtsinn? Woher die Frivolität, Herrlichkeiten, Gähneraugen? Woher das Drogen, Dandlaffen und schnelle Ermüden der Füße? Von mangelnder Fußpflege! Ruffrolen! Ruffrolen!

Fußschmerzen, Brennen

und Durchlaufen überlassen Sie ändern. Sie benutzen regelmäßig das erfrischende und kühlende Ruffrol-Fußbad. Eine Spargelpadung für 5 Wäber kostet 1 Mark, eine Probepadung für 2 Wäber 50 Pf. Die dünnen Ruffrol-Quingelosen für den Sommergebrauch verhalten bei heißer oder feuchter Witterung des Anzuges der Strümpfe an die Beine und können die dünnen Sommerstrümpfe außerordentlich, weil sie den Schweiß aufsaugen. 6 Paar kosten nur 50 Pf. Die Ruffrol-Quingelosen sind in fast jeder Apotheke und Drogerie erhältlich. Wenn nicht, erfolgt portofreie Zusendung durch die Ruffrol-Fabrik Kurt Rief, Groß-Post bei Magdeburg.

Pumpen,
Koblanck & Co.
Pumpenfabrik
Berlin N 65,
Reinickendorfer Str. 95

KLEINE ANZEIGEN
In der Gesamtauflage des 'Vorwärts' sind besonders wirksam und trotzdem sehr billig!

DiN
Juergens
Alexanderplatz

Wo spaziert man aus u. blüht?
Nur **Groß-Berlin**
Alexanderplatz

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
7 1/2 Uhr: Maskenball
Schauspielhaus
11 Uhr: Ein besserer Herr
Schiller-Theater
8 Uhr: Journalisten

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Die Jüdin
Abonn.-Turnus III

Deutsches Theater
Norden 10334-37
11 Uhr, Ende 11 Uhr
Letzte 3 Aufführungen!
Der Arzt am Scheideweg
Sommervorstellung
Freitag, den 27. Mai
Zum 1. Male:
Der Mexer

Die Komödie
Bismarck 2414, 2514
8 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr
Der Snob
Nachtvorstellung
Tägl. 11 Uhr, Ende 11 Uhr
Revue: Was Sie wollen
Preise 2, 3, 4 u. 5 Mk.

Kammerspiele
Norden 10334-37
8 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr
Dyckerpotts Erben
Sonnabend, 26. 8 Uhr
Zum 1. Male:
Papiermühle

Theater am Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Tägl. 8 Uhr:
Elite-Sänger
Großes
Vortrags-
Programm!

SCALA
Nollendorf 7360
8 Uhr
Charlie Rivetrio
und weitere
Varietésensational!

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr - Ein
Sommernachtstraum.
Morgen 8 Uhr:
Ein
Sommernachtstraum.

Komische Oper
Abendlich 8 1/2 Uhr
die neue gr. James-Klein-Revue
mit dem Titel:
Streng verboten!!
Die Revue der verbotenen Leidenschaft!
Ueber 100 Mitw. / 8 Balletts.
Vorverkauf 2.4 Theater ab 19.50, sonst 2.4

CASINO-THEATER
8 Uhr:
Pimpelhuber der Millionen-Erbe
Ab 26. Mai: Der Fehltritt einer Frau.
Gutschein: Faust 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Wallner-Theater
8 1/2 Uhr:
Der Lustspielerfolg:
Auf der Sonnenseite

Reichshallen-Theater
Abendlich 8 Uhr:
Stettiner Sänger
(Kreisel, Britton, Steidl usw.)
Das wunderbare Mai-Programm!
Dönhoff-Brett's
Varieté, Konzert, Tanz

Rennen zu Grunewald
Dienstag, den 24. Mai
nachmittags 3 Uhr

Fruchtweine
unvergleichlich in Qualität
Apfelwein herb, n. Frank. 0.40
Apfelwein süß, cz. 14 Proz. 0.70
Hacky beliebte Fruchtweine 0.70
Johannisbeerwein rot, süß 0.90
Stachelbeerwein süß, zirka 14 Proz. Alkohol 0.90
Kirschwein süß, zirka 14 Proz. Alkohol 0.90
Heldelbeerwein süß, stark, kräftig 0.90
Erdbeerwein hocharomatisch 1.10
exklusive Glas
MEYER & Co.
Bismarck-Str. 49

550
Filialen

Für die überaus herzliche Teilnahme an der Beerdigung meines guten unversehrten Mannes

Paul Burow
sage ich unseren lieben Freunden und Bekannten und den Reichsbannerkameraden meinen herzlichsten Dank.
Schönberg, Gedächtn. 27.
Wilhelmine Burow.

Danksagung.
Für die liebevolle Teilnahme beim Beerdigung meines lieben Enkelsohnes, des Hingegangenen
Artur Appelbaum
sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen des Verbandes der Buchhändler und Steinbrüder, unsere aufrichtigsten Dank.
Im Namen aller Hinterbliebenen
Bertha Appelbaum.

Für Nervöse:
Wunder gewirkt hat für Baldrament, nachdem kein Mittel mehr helfen wollte. Ich war an schwerer Herzschwäche erkrankt; nachdem ich den ersten Versuch mit Baldrament" eingenommen hatte, bekam ich eine merkwürdige Ruhe. So schreiben viele bei nervöser Schläfrigkeit, reizbarer Schwäche, Schwindelanfällen, innerer Unruhe, Kopfschmerzen usw. (H. M. 1.50 und 2.50, in Drogerien und Apotheken erhältlich, auch bei Otto Reichel, Berlin C. O. 33, Eisenbahnstr. 4. Vor Nachbestellungen unter Hinweis auf ähnlichen Namen ist zu warnen.)

Baldrament
vernichtet unter Garantie, Zinslos von 7-11 M. an, Vertreter kostenlos.
Institut für Diätetische-Vorarbeiten
Kochstr. 1. Teleph. Hasenheide 1364.

Der gute Kapitän-Kaufabak
ist in den meisten Lebensmittelgeschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3561

ERIK CHARELL BRINGT:
Tag 8 U.
Wie einst im Mai
Alfred Braun, Lucie Mannheim u. G. Bendow, Westmeier, Kupfer u. a.
Großes Schauspielhaus

Wolkstag
Luna Park
14
ERTRITT 50

Reichshallen-Theater
Abendlich 8 Uhr:
Stettiner Sänger
(Kreisel, Britton, Steidl usw.)
Das wunderbare Mai-Programm!
Dönhoff-Brett's
Varieté, Konzert, Tanz

Rennen zu Grunewald
Dienstag, den 24. Mai
nachmittags 3 Uhr

Fruchtweine
unvergleichlich in Qualität
Apfelwein herb, n. Frank. 0.40
Apfelwein süß, cz. 14 Proz. 0.70
Hacky beliebte Fruchtweine 0.70
Johannisbeerwein rot, süß 0.90
Stachelbeerwein süß, zirka 14 Proz. Alkohol 0.90
Kirschwein süß, zirka 14 Proz. Alkohol 0.90
Heldelbeerwein süß, stark, kräftig 0.90
Erdbeerwein hocharomatisch 1.10
exklusive Glas
MEYER & Co.
Bismarck-Str. 49

550
Filialen

Reichshallen-Theater
Abendlich 8 Uhr:
Stettiner Sänger
(Kreisel, Britton, Steidl usw.)
Das wunderbare Mai-Programm!
Dönhoff-Brett's
Varieté, Konzert, Tanz

Rennen zu Grunewald
Dienstag, den 24. Mai
nachmittags 3 Uhr

Fruchtweine
unvergleichlich in Qualität
Apfelwein herb, n. Frank. 0.40
Apfelwein süß, cz. 14 Proz. 0.70
Hacky beliebte Fruchtweine 0.70
Johannisbeerwein rot, süß 0.90
Stachelbeerwein süß, zirka 14 Proz. Alkohol 0.90
Kirschwein süß, zirka 14 Proz. Alkohol 0.90
Heldelbeerwein süß, stark, kräftig 0.90
Erdbeerwein hocharomatisch 1.10
exklusive Glas
MEYER & Co.
Bismarck-Str. 49

550
Filialen

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Betriebsrat
Die Betriebsrat-Zeitschrift Nr. 10 ist erschienen und kann gegen Vorweisung der Legitimationskarte des Betriebsratsvorsitzenden in unserem Bureau, Zimmer 4, oder nach 4 Uhr im Zimmer 4 entgegengenommen werden.
Mittwoch, 25. Mai, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/26 (großer Saal):
Branchenversammlung der Rohrleger und Helfer
Tagesordnung:
1. Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen über den Winter- und Vorkriegs- 2. Verband- und Brancheneingetragenen. 3. Bericht über die Verhandlungen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Da in dieser Versammlung zu dem Ergebnis der Verhandlungen, insbesondere zum Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Stellung genommen wird, sind alle organisierten Rohrleger verpflichtet, zu erscheinen.

Achtung! Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, Glaser u. Eisenrinnen!
Mittwoch, den 25. Mai, abends 6 Uhr, im Saal der Anstalt für Blindenbildung unter Verbands, Lindenstr. 108, ein
Filmvortrag
Für unsere Freunde hat gegeben wird „Jahre der Schwelgerei“ und andere. Mitgliedsbuch legitimiert.
Erscheinen ist Pflicht - Götze können eingeladen werden.
Die Berechnung der Raten muß unbedingt vorher beim Kollegen Rahmann, Zimmer 18, erfolgen.

Wahlkörperverbände
der arbeitslosen Mitglieder.
Wahlkörper I.
Freitag, 27. Mai, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandsbüros, Lindenstr. 83-85:
Höbner, Bohrer, Säger, Fräser, Schlichter, Drahtschneider, Autogen-Schweißer.
Wahlkörper II.
Sonntag, 28. Mai, vorm. 11 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandsbüros, Lindenstr. 83-85:
Eisen-, Metall- u. Kesselverarbeiter, Kupfer-, Blei- und Zinnverarbeiter, Randschleifer, Schraubendreher und Automateinrichter.
Wahlkörper III.
Montag, 30. Mai, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandsbüros, Lindenstr. 83-85:
Eisenformer, Metallformer, Kernmacher.
Wahlkörper IV.
Dienstag, 31. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr, im Pachtverwalter des Verbandsbüros, Lindenstr. 83-85:
Industrieschmiede, Kesselschmiede, Kupferschmiede, Wagen- und Schmiedebau, Bauanschläger, Wälzwerk, Konstruktions-, Eisen-, Auto-, Maschinen-, Bau-, Schwarzblech- und Karosserieschlosser.
Wahlkörper V.
Mittwoch, 1. Juni, mittags 12 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandsbüros, Lindenstr. 83-85:
Werkzeugmacher, Scharfschleifer, Einrichter, Mechaniker, Uhrmacher, Optiker, Gold- und Silberarbeiter, Arbeiterinnen, Glaser- und Hilfsarbeiter.
Wahlkörper VI.
Donnerstag, 2. Juni, vorm. 11 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandsbüros, Lindenstr. 83-85:
Bau- u. Werkstoffklemmer, Rohrleger, Rohrlegerhelfer, Emailleler, Widler, Feilenhauer.
Wahlkörper VII.
Freitag, 3. Juni, mittags 12 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandsbüros, Lindenstr. 83-85:
Schleifer, Galvaniseur, Gärtler, Dreher, Graveure, Ziseleure, Zigarettenschleifer, Hilfsarbeiter, Zigarettenmaschinenführer.
Tagesordnung: 1. Beratung der Anträge zur Generalversammlung am 14. Juni, 2. Wahl der Delegierten.
Zutritt haben nur diejenigen Mitglieder, die im Verbandsbuch die Berufsbezeichnung haben, für welche die Versammlung aufgerufen ist.
Ohne Mitgliedsbuch und Arbeitslosumfange ist kein Zutritt.
Die Ortsverteilung.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter!
Donnerstag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saal des Friedhofes, im Friedhofsbau 10-12:
Branchenversammlung
aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen.
Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen über den Rahmensvertrag.
Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem BMAZ-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer dem Metallarbeiter angehörenden Organisation.
Das Metallarbeiter.

Verkäufe

Verkauf von Nähmaschinen
Die Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Platz, Brunnenstraße 155, zwischen Rosenhainpark und Juppelbrennerei. Neben 114.
Bestimmungen, Tafelwagen, Gewicht preiswert. Georg Wagner, Rosenhainstraße 71, Hof. Rein Laden, dafür billigeres Preis.
Kaufverkauft! Diverse Kosten Oberfläch. Litz 2.00, Weinbrand-Verkauf Litz 2.00, Gewicht Litz 2.10. Alles garantiert feinste Qualität. Lieferung ab zusammen 5 Liter, auch nach auswärts. Anfragen unter 3. 34 an den Verkaufer.

Verkauf von Nähmaschinen
Die Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Platz, Brunnenstraße 155, zwischen Rosenhainpark und Juppelbrennerei. Neben 114.
Bestimmungen, Tafelwagen, Gewicht preiswert. Georg Wagner, Rosenhainstraße 71, Hof. Rein Laden, dafür billigeres Preis.
Kaufverkauft! Diverse Kosten Oberfläch. Litz 2.00, Weinbrand-Verkauf Litz 2.00, Gewicht Litz 2.10. Alles garantiert feinste Qualität. Lieferung ab zusammen 5 Liter, auch nach auswärts. Anfragen unter 3. 34 an den Verkaufer.

Verkauf von Nähmaschinen
Die Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Platz, Brunnenstraße 155, zwischen Rosenhainpark und Juppelbrennerei. Neben 114.
Bestimmungen, Tafelwagen, Gewicht preiswert. Georg Wagner, Rosenhainstraße 71, Hof. Rein Laden, dafür billigeres Preis.
Kaufverkauft! Diverse Kosten Oberfläch. Litz 2.00, Weinbrand-Verkauf Litz 2.00, Gewicht Litz 2.10. Alles garantiert feinste Qualität. Lieferung ab zusammen 5 Liter, auch nach auswärts. Anfragen unter 3. 34 an den Verkaufer.

Verkauf von Nähmaschinen
Die Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Platz, Brunnenstraße 155, zwischen Rosenhainpark und Juppelbrennerei. Neben 114.
Bestimmungen, Tafelwagen, Gewicht preiswert. Georg Wagner, Rosenhainstraße 71, Hof. Rein Laden, dafür billigeres Preis.
Kaufverkauft! Diverse Kosten Oberfläch. Litz 2.00, Weinbrand-Verkauf Litz 2.00, Gewicht Litz 2.10. Alles garantiert feinste Qualität. Lieferung ab zusammen 5 Liter, auch nach auswärts. Anfragen unter 3. 34 an den Verkaufer.

Verkauf von Nähmaschinen
Die Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Platz, Brunnenstraße 155, zwischen Rosenhainpark und Juppelbrennerei. Neben 114.
Bestimmungen, Tafelwagen, Gewicht preiswert. Georg Wagner, Rosenhainstraße 71, Hof. Rein Laden, dafür billigeres Preis.
Kaufverkauft! Diverse Kosten Oberfläch. Litz 2.00, Weinbrand-Verkauf Litz 2.00, Gewicht Litz 2.10. Alles garantiert feinste Qualität. Lieferung ab zusammen 5 Liter, auch nach auswärts. Anfragen unter 3. 34 an den Verkaufer.

Verkauf von Nähmaschinen
Die Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Platz, Brunnenstraße 155, zwischen Rosenhainpark und Juppelbrennerei. Neben 114.
Bestimmungen, Tafelwagen, Gewicht preiswert. Georg Wagner, Rosenhainstraße 71, Hof. Rein Laden, dafür billigeres Preis.
Kaufverkauft! Diverse Kosten Oberfläch. Litz 2.00, Weinbrand-Verkauf Litz 2.00, Gewicht Litz 2.10. Alles garantiert feinste Qualität. Lieferung ab zusammen 5 Liter, auch nach auswärts. Anfragen unter 3. 34 an den Verkaufer.

Verkauf von Nähmaschinen
Die Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Platz, Brunnenstraße 155, zwischen Rosenhainpark und Juppelbrennerei. Neben 114.
Bestimmungen, Tafelwagen, Gewicht preiswert. Georg Wagner, Rosenhainstraße 71, Hof. Rein Laden, dafür billigeres Preis.
Kaufverkauft! Diverse Kosten Oberfläch. Litz 2.00, Weinbrand-Verkauf Litz 2.00, Gewicht Litz 2.10. Alles garantiert feinste Qualität. Lieferung ab zusammen 5 Liter, auch nach auswärts. Anfragen unter 3. 34 an den Verkaufer.

Verkauf von Nähmaschinen
Die Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Platz, Brunnenstraße 155, zwischen Rosenhainpark und Juppelbrennerei. Neben 114.
Bestimmungen, Tafelwagen, Gewicht preiswert. Georg Wagner, Rosenhainstraße 71, Hof. Rein Laden, dafür billigeres Preis.
Kaufverkauft! Diverse Kosten Oberfläch. Litz 2.00, Weinbrand-Verkauf Litz 2.00, Gewicht Litz 2.10. Alles garantiert feinste Qualität. Lieferung ab zusammen 5 Liter, auch nach auswärts. Anfragen unter 3. 34 an den Verkaufer.

Verkauf von Nähmaschinen
Die Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Platz, Brunnenstraße 155, zwischen Rosenhainpark und Juppelbrennerei. Neben 114.
Bestimmungen, Tafelwagen, Gewicht preiswert. Georg Wagner, Rosenhainstraße 71, Hof. Rein Laden, dafür billigeres Preis.
Kaufverkauft! Diverse Kosten Oberfläch. Litz 2.00, Weinbrand-Verkauf Litz 2.00, Gewicht Litz 2.10. Alles garantiert feinste Qualität. Lieferung ab zusammen 5 Liter, auch nach auswärts. Anfragen unter 3. 34 an den Verkaufer.

Verkauf von Nähmaschinen
Die Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Platz, Brunnenstraße 155, zwischen Rosenhainpark und Juppelbrennerei. Neben 114.
Bestimmungen, Tafelwagen, Gewicht preiswert. Georg Wagner, Rosenhainstraße 71, Hof. Rein Laden, dafür billigeres Preis.
Kaufverkauft! Diverse Kosten Oberfläch. Litz 2.00, Weinbrand-Verkauf Litz 2.00, Gewicht Litz 2.10. Alles garantiert feinste Qualität. Lieferung ab zusammen 5 Liter, auch nach auswärts. Anfragen unter 3. 34 an den Verkaufer.

Verkauf von Nähmaschinen
Die Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Platz, Brunnenstraße 155, zwischen Rosenhainpark und Juppelbrennerei. Neben 114.
Bestimmungen, Tafelwagen, Gewicht preiswert. Georg Wagner, Rosenhainstraße 71, Hof. Rein Laden, dafür billigeres Preis.
Kaufverkauft! Diverse Kosten Oberfläch. Litz 2.00, Weinbrand-Verkauf Litz 2.00, Gewicht Litz 2.10. Alles garantiert feinste Qualität. Lieferung ab zusammen 5 Liter, auch nach auswärts. Anfragen unter 3. 34 an den Verkaufer.

Verkauf von Nähmaschinen
Die Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Platz, Brunnenstraße 155, zwischen Rosenhainpark und Juppelbrennerei. Neben 114.
Bestimmungen, Tafelwagen, Gewicht preiswert. Georg Wagner, Rosenhainstraße 71, Hof. Rein Laden, dafür billigeres Preis.
Kaufverkauft! Diverse Kosten Oberfläch. Litz 2.00, Weinbrand-Verkauf Litz 2.00, Gewicht Litz 2.10. Alles garantiert feinste Qualität. Lieferung ab zusammen 5 Liter, auch nach auswärts. Anfragen unter 3. 34 an den Verkaufer.

Verkauf von Nähmaschinen
Die Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Platz, Brunnenstraße 155, zwischen Rosenhainpark und Juppelbrennerei. Neben 114.
Bestimmungen, Tafelwagen, Gewicht preiswert. Georg Wagner, Rosenhainstraße 71, Hof. Rein Laden, dafür billigeres Preis.
Kaufverkauft! Diverse Kosten Oberfläch. Litz 2.00, Weinbrand-Verkauf Litz 2.00, Gewicht Litz 2.10. Alles garantiert feinste